

MICHAEL GEHLER

Die NATO

Fragen und Antworten
zu Hintergründen, Motiven und Zielen



Michael Gehler

Die NATO

**Fragen und Antworten zu Hintergründen,
Motiven und Zielen**

Titelbild: Konferenz des Nordatlantik-Pakts (NATO-Rat) in Paris, 1955. Blick in den Sitzungssaal während der Konferenz.

Foto akg-images / Paul Almasy, AKG212967

Michael Gehler, Dr. phil., lehrt seit 2006 als Professor und Leiter des Instituts für Geschichte an der Universität Hildesheim und seit 2021 an der deutschsprachigen Andrassy Universität Budapest. Forschungsschwerpunkte: Internationale Beziehungen mit Schwerpunkt auf der europäischen Integration und der Geschichte der Imperien: Revolutionäre und geoökonomisch-strategische Ergebnisse: Die EU- und NATO-»Osterweiterungen« 1989–2015 im Vergleich, Bonn 2017; Europa. Ideen – Institutionen – Vereinigung – Zusammenhalt, Reinbek/Hamburg 2018; Europas Weg. Von der Utopie zur Zukunft der EU, Innsbruck – Wien 2020; Ein europäisches Gewissen. Hans-Gert Pöttering – Biographie, Freiburg – Basel – Wien 2020, 2. Auflage 2022 (gem. m. Marcus Gonschor); Imperien und Reiche in der Weltgeschichte. Epochenübergreifende und globalhistorische Vergleiche, 2 Teilbände, Wiesbaden 2014 (gem. m. Robert Rollinger), Empires to be remembered. Ancient Worlds through Modern Times (Universal- und kulturhistorische Studien/Studies in Universal and Cultural History), Wiesbaden 2022 (gem. m. Julian Degen und Robert Rollinger); The End of Empires (Universal- und kulturhistorische Studien/Studies in Universal and Cultural History), Wiesbaden 2022 (gem. m. Robert Rollinger und Philipp Strobl).

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen dar. Für inhaltliche Aussagen trägt der Autor die Verantwortung.

Landeszentrale für politische Bildung Thüringen
Regierungsstraße 73, 99084 Erfurt
www.lztthueringen.de
2026

ISBN: 978-3-910740-55-6

Inhalt

I. Entstehung, Funktionen und Strategien

Wann und vor welchem Hintergrund wurde die NATO gegründet?	7
Welche Ziele verfolgte die NATO und wie wurde sie aufgebaut?	8
Welche Rolle spielte die NATO für die Sowjetunion und wie reagierte sie auf ihre Gründung?	9
Welche Strategien verfolgte die NATO in ihrer Gründungsphase?	10

II. Zwischen Eskalation und Entspannung: Die NATO im Kalten Krieg

Welche zentralen Ereignisse prägten die Entwicklung der NATO im Kalten Krieg?	10
Welche strategischen Entwicklungslinien der NATO gab es im Kalten Krieg?	13
Welche Rolle spielte die europäische Entspannungspolitik und die KSZE für die NATO?	14
Was war der NATO-Doppelbeschluss und welche Rolle spielten die beiden deutschen Staaten für diesen?	15
Wie wirkten sich das Ende der Konfrontationspolitik und das Ende des Kalten Krieges auf die NATO aus?	16

III. Vom Ende des Kalten Krieges bis 9/11

Welche Konsequenzen hatte das Ende des Kalten Krieges für die europäische Sicherheitsarchitektur, v. a. für den Warschauer Pakt?	18
--	----

Wie veränderten sich die Strategie und die Rolle der NATO nach Ende des Kalten Krieges?	19
Welche Bedeutung hatte die NATO während der Balkankriege und des Kosovo-Kriegs?	21
Welche Folgen hatten die terroristischen Anschläge vom 11. September 2001 für die NATO?	22

IV. Die NATO zu Beginn des 21. Jahrhunderts

Welche Rolle spielte der Irak-Krieg 2003 für die NATO?	24
Was versteht man unter der NATO-»Osterweiterung« und worin unterschied sie sich von der EU-»Osterweiterung«?	26
Wie wurde die NATO-»Osterweiterung« international diskutiert?	28
Welche Rolle spielte die »NATO-Osterweiterung« für die internationale Sicherheitsarchitektur?	30

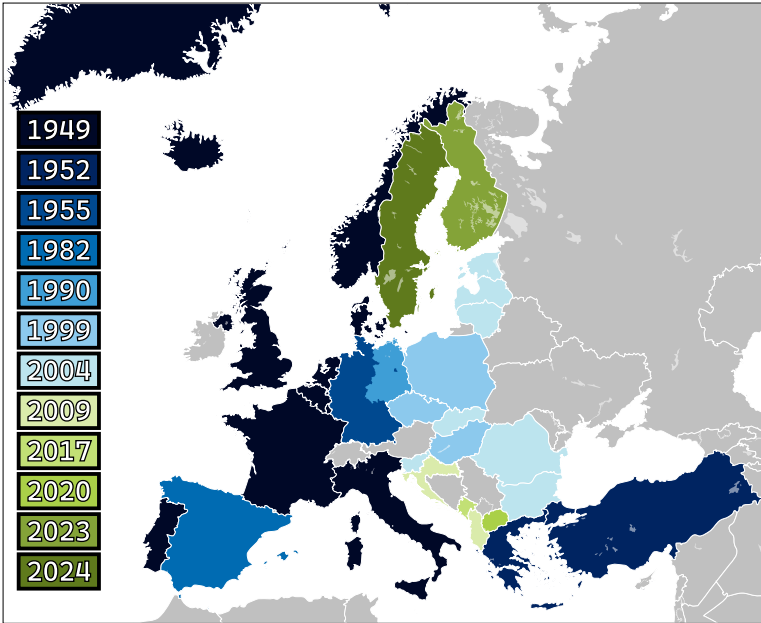
V. Die EU und die NATO

Welche Positionen zur NATO gibt es seitens der europäischen Mitglieder und der EU?	31
Welche Rolle spielt die NATO für die Sicherheitspolitik der EU?	34
Wie entwickelte sich das Verhältnis von NATO, EU, den USA und Russland?	35

VI. Die Rückkehr des Ost-West-Konflikts – die NATO bis zum Ukraine-Krieg

Welche weitere Rolle spielte die NATO für die Mitte und den Osten des Kontinents und welche Rolle kam ihr im Ukraine-Konflikt zu?	36
Welche Rolle spielte die Ukraine für die NATO von der Eskalation der Krise und der Krim-Annexion 2014 bis zum vollständigen russischen Angriffskrieg 2022?	39

Welchen Einfluss hat der Ukraine-Krieg auf die Sicherheitspolitik der EU?	41
Wie veränderte sich das Verhältnis zwischen den europäischen NATO-Mitgliedern und den USA nach den Amtsübernahmen durch US-Präsident Donald Trump 2017 und 2025?	42
Welche zukünftigen Entwicklungslinien der NATO sind denkbar ausgehend von dem Haager-Gipfel von 2025?	43
Literaturauswahl	47



Wikipedia Patrickneil, Spesh531

Europäische Mitgliedsländer der NATO nach Beitrittsjahr.

I. Entstehung, Funktionen und Strategien

Wann und vor welchem Hintergrund wurde die NATO gegründet?

Am 4. April 1949 wurde in Washington D. C. mit Begründung der »North Atlantic Treaty Organization« (NATO) Weltgeschichte geschrieben. Der Vertrag trat am 24. August des gleichen Jahres in Kraft. Grundlage war eine nach US-Senator Arthur C. Vandenberg benannte Resolution des US-Kongresses vom 11. Juni 1948, die die Billigung durch US-Präsident Harry S. Truman fand und womit der Weg zum Nordatlantik-Pakt frei geworden war. Das transatlantische Militärbündnis entstand vor dem Hintergrund der Errichtung kommunistischer Einparteiensysteme in Mittel-, Ost- und Südosteuropa. Der Ost-West-Konflikt verschärfte sich in Anbetracht des Bürgerkriegs in Griechenland (1946/47), der kommunistischen Machtübernahme in der Tschechoslowakei (1948) und der Berlin-Blockade (1948/49) durch Josef W. Stalin. Der westliche Teil des Kontinents war im Vergleich zum sowjetischen beim konventionellen Rüstungs- und Truppenpotential unterlegen. Die so empfundene sowjetisch-kommunistische Gefahr war Ausgangspunkt der Entscheidung für die Bildung der transatlantischen Allianz. Gegen die Bedrohungslage reichten Regionalbündnisse wie der Dünkircher Defensivvertrag zwischen Frankreich und Großbritannien von 1947 (der noch gegen Deutschland gerichtet war) und der Brüsseler Pakt von 1948 zwischen den Beneluxstaaten, Frankreich und dem Vereinigten Königreich nicht aus. Die Notwendigkeit einer transatlantisch-interkontinentalen Verteidigungsformation schien gegeben. Eine gemeinsame westliche Verteidigung war das Gebot der Stunde und die NATO eine Antwort auf europäische Krisenszenarien sowie das Produkt von politisch-ideologischen Spannungen auf dem Kontinent. Europa war der Ursprungsraum der Entscheidung zur Gründung der transatlantischen Allianz.

Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Island, Italien, Kanada, Luxemburg, die Niederlande, Norwegen, Portugal und die USA waren die Gründerstaaten. Es traten in ihrer

Formationsphase zunächst noch Griechenland und die Türkei 1952 sowie die Bundesrepublik Deutschland 1955 hinzu. Das Bündnis war eine auf Freiwilligkeit ausgerichtete (fakultative) und auf zwischenstaatliche Regierungszusammenarbeit (intergouvernementale) orientierte internationale Organisation, die allerdings keinen Beitrag zu einem überstaatlichen (supranationalen) vergemeinschafteten Europa leistete.

Welche Ziele verfolgte die NATO und wie wurde sie aufgebaut?

Die NATO zielte laut Vertrag auf wirtschaftliche und politische Kooperation (Artikel 2) ab, sah eine Konsultationspflicht (Artikel 4) sowie vor allem die gemeinsame militärische Verteidigung bei einem bewaffneten Angriff auf ein oder mehrere Mitglieder vor – allerdings ohne automatische und zwingende Beistandspflicht (Artikel 5). Sie bildete auch eine ständige politische und militärische Organisation (Artikel 9). Gelenkt wurde das Bündnis vom NATO-Rat und dem Militärausschuss unter Einhaltung des Einstimmigkeitsprinzips. Eine Gegenstimme genügte, um das Bündnis zu blockieren, sodass Alleingänge außerhalb des Bündnisses (Unilateralismus) von Anfang an möglich waren. Im Kalten Krieg war die NATO in erster Linie ein Verteidigungsbündnis in Europa und betrieb militärische Abschreckung gegenüber der Sowjetunion.

Die NATO besteht aus zwei Teilen, der militärischen und die zivilen Organisation. Die erste handelt nach Weisung der zivilen Organisation. Zu dieser gehören die NATO-Vertretung, der Nordatlantikrat und die nukleare Planungsgruppe. Der North Atlantic Council (NAC) ist oberstes Entscheidungsgremium und umfasst alle Mitgliedstaaten. Er führt politische Beratung und Beschlussfassung durch. Die Verteidigungsministerräte der Regierungen entwickeln strategische Leitlinien und treffen politische Entscheidungen. Der NATO-Generalsekretär berichtet an die Staats- und Regierungschefs und repräsentiert das Bündnis nach außen. Auf der militärischen Ebene existiert eine internationale Militärkommandostruktur mit Führung der Einsatz- und Verteidigungsoperationen. Die

militärische Organisation besteht aus dem Militärausschuss. Diesem unterstehen das Alliierte Kommando und die Operationsführung.

Welche Rolle spielte die NATO für die Sowjetunion und wie reagierte sie auf ihre Gründung?

Im Kalten Krieg diente die NATO aus Sicht der sowjetischen Führung unter Josef W. Stalin und seiner Nachfolger, z. B. Nikita S. Chruschtschow, sowie ihrer Propaganda als Militärbündnis des politisch-ideologischen Gegners und somit als Feindbild. Als reines Verteidigungsbündnis wurde sie von Moskau nicht gesehen und interpretiert, sondern als Ausdruck des »imperialistischen Westens« und seiner Führungsmacht der USA. Die sowjetische Politik versuchte in Folge die Bedeutung der NATO zu mindern durch verschiedene Vorschläge, sei es durch ein bündnisfreies, neutrales und vereintes Deutschland (1952), die Bereitschaft, selbst dem politischen Teil des Militärbündnisses beizutreten (1954) oder durch Schaffung eines gesamt-europäischen Sicherheitssystems (1954/55), ihr Gewicht abzuschwächen. Es blieb jedoch bis Ende des Kalten Kriegs beim Fortbestand der NATO und im Wesentlichen ihrer negativen Wahrnehmung durch den Kreml.

Als Reaktion auf die sich abzeichnende NATO-Mitgliedschaft und die »Wiederbewaffnung« der Bundesrepublik wurde in Warschau am 14. Mai 1955 der »Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand« als Militärbündnis kommunistischer Staaten Europas gegründet. Es war eng an die transatlantische Allianz geknüpft, denn der Warschauer Pakt sollte nur so lange Bestand haben wie die NATO existierte. Die auch »Warschauer Vertragsorganisation« (WVO) genannte Militärallianz wurde zwischen Albanien, Bulgarien, der DDR, der Tschechoslowakei, Ungarn, Polen, Rumänien und der Sowjetunion geschlossen. 1968 trat Albanien, das sich der Volksrepublik China angenähert hatte, aus.

Welche Strategien verfolgte die NATO in ihrer Gründungsphase?

Der Brite und NATO-Generalsekretär Hastings Lionel Ismay (1952–1957) hatte sich intern und vertraulich dazu unmissverständlich geäußert, nämlich »die Russen draußen, die Amerikaner drinnen und die Deutschen unten zu halten« (»to keep the Russians out, the Americans in, and the Germans down«) mit der westdeutschen Bereitschaft zur Selbsteindämmung. Die »dreifache Eindämmung« (»triple containment«) knüpfte an die Doktrin der Eindämmung von US-Präsident Harry S. Truman vom 12. März 1947 an. Das »keep the Russians out« konnte später nach Ende des Kalten Kriegs mit der NATO-»Osterweiterung« (siehe unten) ebenso wie das »to keep the Americans in« erreicht werden. Die NATO wurde das beherrschende Militärbündnis auf dem Kontinent, wenn man von den ursprünglich allianzfreien und neutralen Staaten (Finnland, Irland, Österreich, Schweden und Schweiz) absah. Die USA verfügten, über die NATO hinausgehend, über ein weltweites System von Militärbasen und Stützpunkten. Das »to keep the Germans down« war insofern erreicht worden, als dass Deutschland bis zum Ukraine-Krieg kein militärisch relevanter Faktor mehr in Europa war. Der historische Erfolg der NATO basierte auf der weitgehenden Gültigkeit und erfolgreichen Umsetzung der »dreifachen Eindämmung«, welche bis zuletzt eines ihrer stärksten Kontinuitätselemente gewesen ist.

II. Zwischen Eskalation und Entspannung: Die NATO im Kalten Krieg

Welche zentralen Ereignisse prägten die Entwicklung der NATO im Kalten Krieg?

Dazu zählen die Kubakrise 1962, der Harmel-Bericht 1967, die KSZE-Schlussakte von 1975 und eine prekäre Lage 1983. Der Reihe nach:

Nach der zweiten Berlin-Krise durch das Chruschtschow-Ultimatum und dem Mauerbau (1958–61) drohte mit der Kuba-Krise (1962) und ihrem gesamten Eskalationspotential erstmals eine direkte militärische Konfrontation zwischen NATO und Warschauer Pakt. Die Krise um die Frage der Stationierung sowjetischer Raketen auf Kuba hätte fast einen Atomkrieg bewirkt. Diplomatie und Politik unter US-Präsident John F. Kennedy und KPdSU-Generalsekretär Nikita S. Chruschtschow behaupteten sich gegenüber den amerikanischen Militärs, die den Einsatz von Atomwaffen empfohlen hatten. Die Etablierung eines »heißen Drahts«, einer direkten Verbindung zwischen Kreml und Weißem Haus zur Deeskalation und Konfliktvermeidung, sollte einem vergleichbaren Horrorszenario in der Zukunft vorbeugen.

Trotz der unterschiedlichen militärischen Kapazitäten gab es angesichts des gemeinsamen Gegners im Osten eine gute Basis der Kommunikation und Koordination: Ende der 1960er-Jahre verständigte sich die NATO auf eine umfassende Strategie, die auf dem »Harmel-Report« – benannt nach dem belgischen Außenminister Pierre Harmel – beruhte. Der »Harmel-Bericht« vom 14. Dezember 1967 konnte als Zeichen mit Blick auf Entspannung, Verteidigung und Abrüstung verstanden werden. Er sah vor, auf der Grundlage militärischer Stärke und politischer Solidarität das Gleichgewicht zwischen den »Blöcken« durch »Dialog« und »Zusammenarbeit« zu stabilisieren (V+E=S: Verteidigung plus Entspannung ist gleich Sicherheit). Das Ergebnis dieser Initiative waren die Verhandlungen über gegenseitige und ausgewogene Truppenreduzierungen (»Mutual and Balanced Force Reductions«, MBFR) ab Oktober 1973, die allerdings bis Ende der 1980er-Jahre zu keinem Ergebnis führten.

Die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) führte zur Helsinki-Schlussakte am 1. August 1975, die völkerrechtlich nicht verbindlich war. Sie beinhaltete Vereinbarungen über politische Zusammenarbeit, sollte ein stabiles und friedliches Verhältnis durch Dialog, Vertrauen

und Kooperation zwischen Ost und West fördern. Acht Prinzipien wurden formuliert: souveräne Gleichheit, friedliche Beilegung von Streitigkeiten, Nicht-Einmischung in innere Angelegenheiten, Respekt der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie einen Sicherheits- und Rechtsrahmen mit Verpflichtungen zu Konfliktverhütung, Transparenzmaßnahmen, Kommunikationskanäle und Hotline-Kontakte zur Krisenbewältigung. Bei der menschlichen Dimension ging es um die Stärkung von Menschenrechten, freien Informationsfluss, kulturellen Austausch und politische Partizipation.

Im Jahre 1983 wäre es – durch eine Fehlmeldung im sowjetischen Raketenabwehrsystem, bedingt durch ein technisches Versehen – fast zum Einsatz von atomaren Mittelstreckenraketen gekommen. Am 26. September stufte der leitende Offizier in der Kommandozentrale der sowjetischen Satellitenüberwachung einen vom System gemeldeten Angriff der USA mit nuklearen Interkontinentalraketen auf die Sowjetunion zutreffend als Fehlalarm ein. Der Alarm war durch einen Satelliten des sowjetischen Frühwarnsystems ausgelöst worden, der aufgrund einer fehlerhaften Software einen Sonnenaufgang und Spiegelungen in den Wolken als Raketenstart in den USA deutete. Durch den eigenverantwortlichen Stopp übereilter Reaktionen verhinderte der genannte Verantwortliche Stanislaw Petrow die Auslösung eines Atomkriegs. Aufgrund des nicht ausgelösten Befehls durch den wagemutigen Mann konnte die Eskalation vermieden werden. Dabei spielte auch ein Militärmanöver »fähiger Bogenschütze« (»Able Archer«) eine Rolle, in dem die NATO – insbesondere Großbritannien und die USA unter Beteiligung der Bundesrepublik – so realistisch wie nie zuvor vom 7. bis 11. November einen Atomkrieg simulierten. Das war der Hintergrund, der im Vorfeld der Vorbereitungen schon zur gestiegenen Wachsamkeit und erhöhten Alarmbereitschaft auf sowjetischer Seite geführt hatte.

Welche strategischen Entwicklungslinien der NATO gab es im Kalten Krieg?

Der Zweite Weltkrieg bedeutete die Selbstzerstörung des Kontinents mit millionenfachem Leid und Tod. Diese Erfahrung prägte bis in die jüngste Zeit das Denken über europäische Militär-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Das »Nie wieder Krieg!«, wie von der »Ohne-mich«-Bewegung in Westdeutschland der 1950er-Jahre propagiert, war nicht nur eine Parole von Linken und Pazifisten, sondern breiter gesellschaftspolitischer Konsens. Die Konfrontations- und Rüstungspolitik von NATO und Warschauer Pakt im Zeichen des Kalten Kriegs hinterließen prägende Spuren: In Mittel- und Osteuropa setzte sich der Stalinismus fort. Mitunter intensivierte und verschärfte er sich sogar. Entwicklungen, die trotz kurzfristiger Abschwächungen im Zuge des »Tauwetters« nach Stalins Tod am 5. März 1953 und der »Entstalinisierung« nach Chruschtschows' »Geheimrede« auf dem XX. Parteitag der KPdSU am 25. Februar 1956 zu beobachten waren. In westlichen Staaten gab es antikommunistische Gesinnungszwänge und Repressionen, die bis zu Berufs- und Parteiverboten reichten. Neben enormen Ressourcenvergeudungen und Staatsausgaben auf dem Rüstungssektor trug der Kalte Krieg maßgeblich zur Vertiefung der politisch-ökonomischen Spaltung Europas bei. Die europäische Politik versuchte daher mit der Europäischen Union als Friedens- und Verantwortungsgemeinschaft die Lehren aus dem Zweiten Weltkrieg und dem Kalten Krieg zu ziehen und wollte keine Kriege mehr führen: weder solche in Europa noch außerhalb. Daraus ergab sich ein gewisser Gegensatz zur wiederholt kriegsbereiten USA und daraus auch eine grundsätzliche Konfliktlinie innerhalb der Bündnispartner in der NATO.

Im Gründungsjahr der NATO standen auf dem Kontinent 14 westliche 200 sowjetischen Divisionen gegenüber. Aufgrund des deutlichen Überhangs an konventionellen Streitkräften der Sowjetunion und nachdem die UdSSR seit 1949 auch über Atombomben verfügte, galt für die NATO militärstrategisch das Konzept der »massive retaliation« (massive Vergeltung)

1953–61). Demnach sollte jeder Angriff mit einem vernichtenden Kernwaffenschlag beantwortet werden. Mit dem 21. März 1957 wurde diese Doktrin durch die »Schwert-Schild-Doktrin« ersetzt, wonach konventionelle Streitkräfte als »Schildkräfte« Attacken abwehren konnten, bei einer großen Aggression jedoch nukleare »Schwertkräfte« zum Zuge kommen sollten.

Als sowjetische Kernwaffen ab der ersten Hälfte der 1960er-Jahre auch die USA erreichen konnten, reagierte die NATO mit der Strategie der »flexible response« (bewegliche Reaktion), einer »Triade«, die Reaktions- und Eskalationsoptionen eröffnete: Auf der Grundlage des atomaren Patts sollte auf jede Form der Aggression flexibel, d. h. mit »Direktverteidigung«, »vorbedachter Eskalation« und »allgemeiner nuklearer Reaktion« geantwortet werden. Die Strategien der NATO waren somit anpassungs- und wandlungsfähig. Das Militärbündnis veränderte sich zunehmend zu einer stärker politisch orientierten Organisation, die Entspannungselemente aufnahm und eine Politik der militärischen Abschreckung betrieb. Damit war sowohl amerikanischen als europäischen sicherheitspolitischen Zielvorstellungen gedient.

Welche Rolle spielte die europäische Entspannungspolitik und die KSZE für die NATO?

Die Phase der Entspannung war v. a. Ergebnis der deutschen Ostpolitik der sozial-liberalen Koalition von Bundeskanzler Willy Brandt und Außenminister Walter Scheel. Sie wurde von der folgenden CDU/CSU-FDP-Koalition (ab 1982) nahezu vollständig übernommen. Die »Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa« (KSZE) entstand aus internationalen Begegnungen nach vorhergehenden Sondierungen, Kontakten und Gesprächen 1972/73, die formell in Helsinki am 3. Juli 1973 mit einem Außenministertreffen eröffnet, von 1973 bis 1975 in Genf fortgesetzt und am 1. August 1975 durch die Staats- und Regierungschefs mit der Schlussakte von Helsinki abgeschlossen wurden. Teilnehmer waren 33 europäische Staaten sowie Kanada und die USA.

Drei KSZE-Themenkomplexe standen in Form von Körben zur weiteren Verhandlung: »Korb I« umfasste u. a. Sicherheitsfragen in Europa, »Korb II« Kooperationen auf dem Sektor Wirtschaft, Wissenschaft, Technik und Umwelt, während »Korb III« menschliche Kontakte, Kultur- und Informationsaustausch betraf. Die KSZE durchlief verschiedene Phasen: Zunächst ging es um Abbau von Spannungs- und Konfrontationspotentialen 1969–77/78, sodann um Bewältigung der inneren Krise und Vermeidung des Zusammenbruchs der KSZE im Kontext der Verschärfung des Kalten Krieges 1979–83. Die »Körbe« I und III waren strittig, wobei die neutralen und nicht-paktgebundenen (»N+N«)-Länder zwischen NATO- und Warschauer Pakt-Staaten erfolgreich vermittelten. Dies flankierte einerseits und relativierte andererseits die noch bestehende Abschreckungspolitik der NATO nach Konferenzen in Belgrad (1977–78), Madrid (1981–83) und bei den dritten Folgetreffen in Wien (1986–89). Abrüstungs- und Entspannungswünsche lagen auch mehr im Interesse der Europäer.

Was war der NATO-Doppelbeschluss und welche Rolle spielten die beiden deutschen Staaten für diesen?

Am 12. Dezember 1979 fasste die Allianz den »NATO-Doppelbeschluss« über die Installierung von 572 neuen landgestützten nuklearen Mittelstreckenraketen »Pershing-II« und »Tomahawk«-Marschflugkörpern zur »Nachrüstung«. Dies war verbunden mit dem Angebot an die UdSSR, bis zum geplanten Zeitpunkt der Stationierung dieser Nuklearpotentiale (Ende 1983) über den Abbau entsprechender sowjetischer Waffen zu verhandeln. Dabei ging es dem Westen vor allem um den Abbau der seit 1976 stationierten verbesserten sowjetischen Mittelstreckenraketen SS-20, also um Abrüstung. Nachdem die Sowjetführer darauf nicht einzugehen gewillt waren, begann die Stationierung von amerikanischen Raketen namens Pershing II und Cruise-Missiles. Daraufhin wurden die am 30. November 1981 begonnenen Gespräche über die Reduzierung nuklearer Mittelstreckenraketen (»Intermediate Range Nuclear

Forces«, INF) unterbrochen, die zwischen den USA und der UdSSR geführt worden waren. 1986 wurden diese Gespräche aber wieder aufgenommen.

Bundeskanzler Helmut Schmidt bejahte ausdrücklich den NATO-Doppelbeschluss von 1979 zur Nachrüstung, nachdem die UdSSR in ihrem Herrschaftsbereich mit nuklearen Mittelstreckenraketen aufgerüstet hatte. Der Kalte Krieg verschärfte sich weiter in der ersten Hälfte der 1980er-Jahre. Ein neues Wettrüsten war im vollen Gange. In der DDR bestanden auch Kernwaffenlager. Die Nationale Volksarmee (NVA) verfügte über keine eigenen Nuklearwaffen, aber über Trägersysteme, mit denen sowjetische Atomsprengköpfe hätten eingesetzt werden können, darunter das ab 1985 eingeführte Kurzstrecken-Raketensystem SS-23. Deutschland würde somit bei einer Konfrontation der Supermächte der erste atomare Kriegsschauplatz sein. Unter Kanzler Helmut Schmidt und SED-Generalsekretär Erich Honecker entwickelte sich vor diesem Hintergrund eine »deutsch-deutsche Verantwortungsgemeinschaft«. Diese setzte sich unter Bundeskanzler Helmut Kohl und Außenminister Hans-Dietrich Genscher fort.

Wie wirkten sich das Ende der Konfrontationspolitik und das Ende des Kalten Krieges auf die NATO aus?

Seit Mitte der 1980er-Jahre setzte aufgrund von Überlegungen und Initiativen von KPdSU-Generalsekretär Michail S. Gorbatschow ein Strategiewandel innerhalb der Warschauer Pakt-Staaten ein, demzufolge die NATO nicht mehr – wie bis dato üblich – als grundsätzlich aggressive Organisation mit expansiven Zielsetzungen gedeutet wurde. Die sogenannte »Breschnew-Doktrin« (benannt nach einem von Gorbatschows Vorgängern, Leonid Breschnew) von 1968 entstand anlässlich des Einmarsches der Warschauer Pakt-Staaten in die Tschechoslowakei zur Niederwerfung des reformsozialistischen »Prager Frühlings«. Sie wurde abgelöst durch eine neue Militärdoktrin, die »ausschließlich Verteidigungscharakter« haben sollte. Das Verhältnis der NATO zum Warschauer Pakt entspannte sich

folglich merklich, was im Abschluss der ersten Phase der »Konferenz über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa« (KVAE) in Stockholm 1986, der Einigung auf eine beiderseitige »doppelte Nulllösung« mit Unterzeichnung des INF-Abkommens am 10. Dezember 1987 sowie der Aufnahme der »Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa« (VKSE) im März 1989 seinen Niederschlag fand.

Dieses Abkommen über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag) zwischen Staaten der NATO und des Warschauer Paktes, der bei Abschluss praktisch nicht mehr bestand, wurde am 19. November 1990 anlässlich des KSZE-Gipfeltreffens in Paris von den Regierungschefs der sechs östlichen und 16 westlichen Repräsentanten unterzeichnet und trat am 9. November 1992 definitiv in Kraft. Sein vertragliches Geltungsgebiet reichte vom Atlantik bis zum Ural. Es folgte der Abbau des großen Ungleichgewichts konventioneller Streitkräfte, das zugunsten des Warschauer Pakts bestand, und die Begrenzung für verschiedene Waffenkategorien. Umfassende Regelungen zu Verifikationen wie Inspektionen und Informationsaustausch förderten durch Transparenz die Berechenbarkeit, gegenseitiges Vertrauen und die Zusammenarbeit. Die erste KSE-Überprüfungskonferenz vom 15. bis zum 31. Mai 1996 in Wien führte zu einer einvernehmlichen Lösung mit Russland. Als Erfolg des KSE-Vertrags zählte die Zerstörung von rund 60.000 schweren Waffensystemen in den Vertragsstaaten bis Mitte der 1990er-Jahre, darunter Artilleriesysteme, Kampfflugzeuge und Kampfpanzer. Der KSE-Vertrag trug damit zur militärischen Entspannung nach Ende des Kalten Krieges bei.

III. Vom Ende des Kalten Krieges bis 9/11

Welche Konsequenzen hatte das Ende des Kalten Krieges für die europäische Sicherheitsarchitektur, v. a. für den Warschauer Pakt?

Bedingt durch Gorbatschows Reformpolitik, die politischen Umwälzungen und die Auflösung der poststalinistischen Regime in den mittelost- und südosteuropäischen Staaten legte die NATO am 5./6. Juli 1990 auf der Gipfelkonferenz in London fest, den Warschauer Pakt nicht mehr als Gegner zu betrachten. Sie bekundete ihre Bereitschaft zur Kooperation mit den Staaten der Warschauer Vertragsorganisation (WVO). Am 19. November 1990 erfolgte eine gemeinsame Erklärung beider Bündnisse über einen wechselseitigen Gewaltverzicht. Zwei Tage später wurde die »Charta von Paris für ein neues Europa« unterschrieben, die den Kalten Krieg auf dem Kontinent offiziell für beendet erklärte.

Im Zuge des Zusammenbruchs der kommunistischen Einparteiensysteme in Mittel- und Osteuropa 1989/90 erodierte der Warschauer Pakt mit Rasanz. Die ČSSR und Ungarn forderten seine Auflösung und den Abzug der sowjetischen Truppen aus ihren Gebieten; Rumänien und Bulgarien schlossen sich dem an. Die DDR schied kurz vor der Vollziehung der deutschen Einheit am 24. September 1990 aus dem Pakt aus. Am 25. Februar 1991 beschloss die Mitglieder der Warschauer Vertragsorganisation (WVO), sich zum 1. April 1991 aufzulösen. Das abschließende Protokoll über das Erlöschen der Gültigkeit des Warschauer Pakts wurde am 1. Juli 1991 in Prag unterzeichnet. Die NATO hatte damit ihr Ziel der Eindämmung des Kommunismus und darüber hinaus den Zerfall des sowjetischen Herrschaftsraums über seine »Satellitenstaaten« erreicht.

Das Ende der militärischen Konfrontationspolitik wurde in Europa durch Konzessionsbereitschaft von Gorbatschow und somit durch russisches Einlenken möglich, zumal der Rüstungswettlauf für das ökonomische System der UdSSR nicht

mehr durchzuhalten war. Es war indirekt auch ein Erfolg der amerikanischen Strategie des »Tot-Rüstens« des weltanschaulichen Rivalen. Mangels eines aktuellen Feindbildes bzw. Bedrohungsszenarios in den 1990er-Jahren drohte die NATO nun selbst Opfer ihres eigenen Erfolgs zu werden.

Wie veränderten sich die Strategie und die Rolle der NATO nach Ende des Kalten Krieges?

Im Zeichen der zu Ende gehenden Ost-West-Konfrontation folgte der Beschluss des NATO-Rats vom 7./8. November 1991 in Rom, mit einem neuen strategischen Konzept und veränderter Kommando- und Streitkräftestruktur. An die Stelle der konkreten Bedrohung aus dem Osten schien ein neues Risiko mit komplexen, vielgestaltigen und schwer einzuordnenden Konfliktpotentialen getreten zu sein (Drogenclans, Piraterie, Terrorismus), auf das mit präventiver Friedenssicherung reagiert werden sollte, d. h. mit Dialog, Kooperation und Verteidigung, aber auch mit Krisenbewältigung und Konfliktverhütung. Zum Ausdruck kam das neue Konzept in zunehmender Einwirkung durch die militärischen Eingriffe der NATO auf dem Balkan bis hin zum Krieg gegen »Restjugoslawien« im Kontext des Kosovo-Konflikts 1999.

Das Ende des Kalten Krieges in Europa sowie der russische Truppenabzug aus Berlin und Ostdeutschland 1994 zogen weltweite Umgruppierungen der US-Einheiten im Sinne flexibler, kleinerer Truppenteile und Spezialeinheiten angesichts der »Gefahr des Terrorismus« in Richtung asiatischer Krisenherde nach sich, vor allem in die sehr ressourcenträchtige Schwarzmeer- und Kaukasus-Region. Das Ende des Kalten Krieges bewirkte vorläufig den Wegfall des weltanschaulichen Gegensatzes zwischen dem Westen und der UdSSR (1989–1991). Erwähnenswert sind Kooperationsformen wie die angedachte Strategische Partnerschaft, die Mitgliedschaft Russlands in der NATO »Partnerschaft für den Frieden« 1994 sowie die NATO-Russland-Grundakte und der NATO-Russland-Rat 1997, die vorerst neue Eskalationsformen im erweiterten

Europa zu verhindern schienen, aber keine nachhaltige Substanz entwickelten und von westlicher Seite nur niederrangig beschickt wurden. Sie dienten nicht zur Befriedigung russischer Sicherheitsinteressen bezüglich der nach wie vor kritisch beäugten NATO und ihrer denkbaren und möglichen Ostausdehnung. Das Agieren der vermeintlich einzig verbliebenen ökonomischen und militärischen Supermacht USA (1991–2001) deutete auf einen Wandel von einer führenden, leitenden und wohlwollenden Hegemonial- zu einer beherrschenden, fordernden und verordnenden imperialen Macht hin. Machtbildung erzeugte Gegenmachtbildung und produzierte neue gravierende Interessenkonflikte.

Die NATO erlebte zu Beginn des 21. Jahrhunderts einen deutlichen Profilwandel. Ursprünglich vor allem auf die UdSSR und den Warschauer Pakt fixiert, entwickelte sich die bisherige Verteidigungsallianz nach der Militärintervention gegen Serbien 1999 zu einem multifunktionalen Bündnis der Krisenbewältigung und Friedenserzwingung nicht nur in Europa, sondern auch außerhalb des Kontinents. Sie erlebte einen Prozess der Globalisierung über das engere Bündnisgebiet hinausgehend durch gesteigerte Flexibilität, zunehmende Interoperabilität und umfassende Zusammenarbeit mit nahezu allen großen und maßgeblichen Staaten der Welt. Interoperabilität meint die Kombination unterschiedlicher Organisationen, Systeme und Techniken durch Einhaltung gemeinsamer technischer Normen, wodurch im militärischen Vorgehen Vereinbarkeit möglich ist und Vereinheitlichung angestrebt wird.

Die NATO wurde zudem zu weit mehr als nur einer Militärorganisation, d. h. auch zu einer Wertegemeinschaft, einem polyvalenten Gebilde, das mehrfach und vielfältig wirken konnte, so auch im humanitären und zivilen Bereich – wenn gleich nicht alle Mitglieder den wertebasierten Ansprüchen (Demokratie, Meinungs- und Pressefreiheit oder Rechtsstaatlichkeit) gerecht wurden wie beispielsweise die Türkei unter Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan.

Die transatlantische Militärallianz ging aus einem sicherheitspolitischen Machtvakuum im Westen Europas hervor. Mit großer Sorge blickten ihre Mitglieder auf die Sowjetunion, die ihren Machtanspruch mit ideologisch-militärischer Dominanz in der Mitte Europas durchzusetzen verstand. Die Gründung der NATO als Verteidigungsbündnis gegen die UdSSR und Eindämmungsallianz gegen den Kommunismus hatte zunächst einen anti-imperialen Charakter, denn ausgehend von Ausdehnung, Machtkonzentrierung und Satellitenstaaten-Verhältnissen handelt es sich bei der UdSSR um ein Imperium. Der Aufbau der NATO wies hingegen eine »dezentrale und multilaterale Struktur« auf. Sie war allerdings weit mehr als ein Militärbündnis, beabsichtigte wirtschaftliche Kooperation und entwickelte Konfliktpräventionsmaßnahmen. Ihre Expansion und Integration im Zeichen der »Osterweiterung« war eine Folge des Zusammenbruchs des Sowjetimperiums. Die Aufnahme neuer Mitglieder erfolgte nicht auf Basis annexionistischer Expansion, sondern auf freiwilliger Basis der Bewerber und abgestimmt mit allen anderen Mitgliedern, wobei das sich anbahnende Rivalitätsverhältnis zur Russischen Föderation offen gelassen wurde und ungelöst blieb. Die NATO verfügt aufgrund ihrer Kapazitäten und Mitgliedschaften über eine Monopolstellung im transatlantischen Raum. Als größtes und stärkstes Militärbündnis der Welt in Verbindung mit der UNO, EU und OSZE hat die NATO mit Interventionsfähigkeit Potential und Reichweite einer globalen Militärhegemonie.

Welche Bedeutung hatte die NATO während der Balkankriege und des Kosovo-Kriegs?

Während der Balkankriege wurden die europäischen militärischen Defizite deutlich und die sicherheitspolitische Lähmung des gemeinschaftlichen Europas offenkundig. Weder waren die Staaten des Kontinents fähig, für eine längere Zeit eine gemeinsame politische Position einzunehmen, noch in der Lage, geschlossen wirksam vorzugehen. Dagegen forderten viele von ihnen ein amerikanisches Eingreifen, wodurch sich die

USA veranlasst sahen, zweimal mit militärischen Mitteln zu intervenieren: in Bosnien-Herzegowina 1995 und im Kosovo 1999, um »Frieden zu erzwingen« (»peace enforcement«). Die NATO wandelte sich demgemäß im 50. Gründungsjahr durch den ersten »out-of-area«-Einsatz ihrer Geschichte zu einem Angriffsbündnis, was von russischer Seite so aufmerksam wie kritisch registriert wurde. Durch den Begriff der »humanitären Intervention« bemäntelte die NATO ihr militärisch-interventionistisches Vorgehen, um damit von bereits bestehenden inneren Gegensätzen des Bündnisses abzulenken – Frankreich sträubte sich gegen den »Kosovo-Krieg«, lehnte das Bombardement Belgrads ab und ging dabei soweit, Angriffsziele der NATO der serbischen Führung anzuzeigen.

Der »Kosovo-Krieg«, der von der NATO eigentlich als ein Krieg gegen Serbien geführt und vom (uneinigen) Sicherheitsrat der Vereinten Nationen nicht befürwortet worden war, bedeutete einen Völkerrechtsbruch. Teil dessen war auch die erste deutsche Kriegsbeteiligung nach dem Zweiten Weltkrieg. Dieser grundsätzliche völkerrechtliche Tabubruch trug angesichts der zunächst ausgebliebenen Kosovo-Lösung, die sich durch »Luftschläge« u. a. gegen Belgrad nicht erzielen ließ, zu größerer Nachdenklichkeit unter den Bündnispartnern bezüglich weiteren kriegerischen Vorgehens bei, führte letztlich aber auch zur Schwächung und zum Sturz des serbischen sozialistischen Führers Slobodan Milošević im Jahre 2000, der die Kosovo-Albaner unterdrückt hatte.

Welche Folgen hatten die terroristischen Anschläge vom 11. September 2001 für die NATO?

Den terroristischen Attacken vom 11. September 2001 auf Ziele in Washington und New York wie das Pentagon und das World Trade Center folgte die Bereitschaft der NATO-Staaten zur Beteiligung an einer Intervention in Afghanistan, wo man fälschlicher Weise den Drahtzieher der Anschläge, Osama Bin Laden, Führer der terroristischen Organisation Al-Qaida, vermutete.

Während des Kalten Krieges trat nie der von Militärs theoretisch wiederholt bedachte Fall eines militärischen Überfalls durch die UdSSR und Mitglieder des Warschauer Pakts auf NATO-Gebiet ein, d. h. der Beistandsfall (Artikel 5 des NATO-Vertrags) wurde nie ausgerufen. Davon machten nun erstmals die USA im Zuge des 11. September 2001 Gebrauch, was zu einem militärischen Vorgehen des Bündnisses im Zuge der vom UN-Sicherheitsrat genehmigten Operation »Enduring Freedom« gegen das Bin Laden vermeintlich unterstützende Taliban-Regime in Afghanistan führen sollte. Es war die erste und bisher einzige militärische Großoperation im Rahmen des von den Vereinigten Staaten ausgerufenen »Krieges gegen den Terrorismus«. Sie war gedeckt durch ein Mandat der Vereinten Nationen. In den folgenden Jahren spielte die NATO in den Operationen in Afghanistan im Rahmen der »International Security Assistance Force« (ISAF) eine wachsende Rolle.

Der ISAF-Einsatz war eine direkte Reaktion auf die Anschläge in New York und Washington und markierte nach dem Kosovo-Krieg von 1999 eine weitere Zäsur in der Geschichte der NATO wieder von der Bündnisverteidigung weg zu einem robusten Stabilisierungseinsatz außerhalb Europas. Er begann im Dezember 2001 und endete 2014. Dann folgte eine Nachfolgeoperation namens »Resolute Support«, gleichwohl zunehmend fraglicher wurde, ob das fortgesetzte Afghanistan-Engagement zu einem Erfolg führen würde. Solange die deutsche Innen- und Parteipolitik nur halbherzig hinter den dort stationierten Verbänden stand sowie keine abgestimmte und integrierte Gesamtkonzeption für die Region für die Zeit nach der Militärpräsenz gegeben und umzusetzen war, mussten die international organisierten Sicherheitsvorkehrungen Flickwerk bleiben. Die NATO hatte zwar einen Wandel von einer interkontinentalen zu einer globalen Bündnis-, Verteidigungs- und Interventionsorganisation erfahren, die auch als Beitrag zur Gewinnung neuer Legitimation begriffen wurde. Während ihre Befriedungs- und Stabilisierungskapazitäten auf dem Balkan mit Anerkennungserfolgen umgesetzt werden konnten, wie

z. B. im Rahmen der Kosovo Force (KFOR), waren diese außerhalb des Kontinents sehr begrenzt. Dies hing nicht nur alleine, aber auch mit der halbherzigen Unterstützung der USA durch die meisten europäischen NATO-Partner zusammen. Diese erahnten zwar die »mission impossible« in Afghanistan, die Vereinigten Staaten zogen aber schneller die Konsequenzen und beriefen ihre Truppen am 31. August 2021 mit den zunächst uninformierten Partnern nicht abgestimmt zurück.

IV. Die NATO zu Beginn des 21. Jahrhunderts

Welche Rolle spielte der Irak-Krieg 2003 für die NATO?

Im Unterschied zur Afghanistan-Intervention war der Irakkrieg 2003, den die USA und das Vereinigte Königreich führten, nicht mehr als NATO-Operation, sondern nur mehr mit »willigen Bündnispartnern« der Militärallianz möglich. Für die Europäer wurde indes wieder deutlich, dass die EU trotz schmerzlicher Erfahrung ihrer Unfähigkeit während der Balkankriege weder zu einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik gefunden hatte, noch ihre strategischen Interessen klar definieren konnte. Dass es den USA zwei Jahre nach Beginn des Eingreifens in Afghanistan nicht mehr gelungen war, alle Europäer im Rahmen der NATO für den von der angloamerikanischen »Koalition der Willigen« angestrebten Krieg gegen den Irak 2003 zu gewinnen, hatte aber auch mit dem drohenden Völkerrechtsbruch zu tun. Es lag ebenfalls an der unbewiesenen Behauptung, der irakische Diktator Saddam Hussein verfüge über Massenvernichtungswaffen, sodass einem militärischen Vorgehen gegen ihn aufgrund des Vetos von Russland und China im UN-Sicherheitsrat durch die Vereinten Nationen nicht zugestimmt werden konnte. Die von Deutschland und Frankreich verfolgte Initiative der Entwicklung eigener militärischer Strukturen für die EU sorgte für Argwohn und Unmut bei der US-Führung. Der Krieg von Präsident George W. Bush

junior gemeinsam mit dem britischen Premier Tony Blair gegen den Irak 2003 führte zu einer Spaltung der NATO-Mitglieder und einer teilweisen Verweigerung ihrer Gefolgschaft. Der US-Botschafter beim Hauptquartier, Nicolas Burns, sah dies als »ernsteste Bedrohung für die Zukunft der NATO«.

Schien den Europäern nach »9/11«, den terroristischen Anschlägen vom September 2001, ein militärisches Eingreifen gegen das Taliban-Regime in Afghanistan noch gerechtfertigt, so galt dies für die Militärintervention im Irak 2003 schon weit weniger, ging es doch nun offensichtlich um mehr als Terroristenbekämpfung, nämlich um Öl. Während der Kosovo-Krise und dem Krieg gegen Serbien 1998/99 war es gerade noch gelungen, die Risse im Bündnis zu übertünchen, doch die Irak-Krise 2002/03 führte sowohl zur Spaltung der EU als auch zur Bedeutungslosigkeit der NATO. Sie schien keinen großen Identifikationswert mehr zu besitzen. In Afghanistan stellte die Bundesrepublik nach den USA zwar eines der größten Kontingente, das Scheitern dieser als »mission impossible« war aber abzusehen.

Das »Old Europe«, eine provokante Äußerung des US-Verteidigungsministers Donald H. Rumsfeld im Januar 2003 gegen jene EU-Staaten gerichtet, die sich nicht am Irakkrieg beteiligen wollten, die Frankreichs Staatspräsident Jacques Chirac als Ausdruck eines Mangels an Bildung bezeichnete, bediente eine klassische Klischeevorstellung. Bundeskanzler Gerhard Schröder forderte ein stärkeres multilaterales Zusammenwirken, die Stärkung der UNO, zivile Konfliktprävention und einen Dialog zwischen den USA und der EU, bevor Entscheidungen getroffen werden. Die NATO sei, so Schröder, »nicht mehr der primäre Ort, an dem die transatlantischen Partner ihre strategischen Vorstellungen koordinieren« wie auch die neuen Herausforderungen »primär keine militärischen Antworten erfordern« würden. Chiracs, Schröders und Rumsfelds Stellungnahmen markierten die unterschiedlichen Beobachtungen und Beurteilungen der Wirklichkeit und sehr verschiedene Auffassungen in der Vorgehensweise gegenüber akuten

Bedrohungsszenarien. Dabei klagte Washington wiederholt über die mangelnden militärischen Kapazitäten EU-Europas und die Unzulänglichkeit bei der Lastenteilung («burden sharing»), um aber auch gleichzeitig amerikanischen Widerstand geltend zu machen, wenn an den Aufbau eigenständiger europäischer Sicherheitsstrukturen gedacht wurde.

Während Washington seinen Schwerpunkt auf Steigerung seines Militärhaushalts und die Produktion modernster Massenvernichtungswaffen setzte, verließen sich EU-Staaten mehr auf »weiche Macht« («soft power») wie Diplomatie, Entwicklungshilfe, Handels- und Wirtschaftssanktionen oder kulturellen Dialog. Nicht von ungefähr war die EU, was Entwicklungshilfe anging, ein weltpolitischer Zahler («global payer») – im Unterschied zur weltpolitischen Militärmacht («global player») USA auf ihrem Gebiet der Atomwaffen- und Hightech-Rüstung. Das Verteidigungsbudget der Vereinigten Staaten war im Jahr des Irakkriegs größer als die gesamten kombinierten Verteidigungsausgaben der nächstfolgenden 25 größten Industrie- und Militärstaaten der Welt. Seitens der USA wurden im Jahre 2003 jährlich 395 Milliarden Euro für das Militär ausgegeben, denen 160 Milliarden Euro der 15 EU-Staaten gegenüberstanden.

Was versteht man unter der NATO-»Osterweiterung« und worin unterschied sie sich von der EU-»Osterweiterung«?

Die NATO-»Osterweiterung« wurde aufgrund der Umbrüche in Mittel- und Osteuropa 1989, verursacht durch die Reformpolitik von Gorbatschow, und des Zusammenbruchs der Sowjetunion 1991 möglich. Darunter versteht man eine Entwicklung, durch die neue, souverän gewordene Länder aus Mittel- und Osteuropa und Nachfolgestaaten der Sowjetunion NATO-Mitglieder oder Mitgliedsanwärter werden konnten. Die Zielsetzung bestand darin, die militärische Sicherheit, politische Stabilität und kollektive Verteidigung dieser Länder zu stärken. Mitglieder wurden demzufolge Polen, Tschechien und Ungarn 1999 sowie Bulgarien, Rumänien, Slowenien, die Slowakei,

Lettland, Litauen und Estland 2004. Die Aufnahme erfolgte durch Verhandlungen, Reformauflagen mit Rechtsstaatsstandards und der Zustimmung der bestehenden Mitgliedstaaten. Die Zielsetzungen der NATO bestanden in der Ausdehnung ihres Gültigkeitsbereichs, Interoperabilität der Truppen, Förderung demokratischer Institutionen und politischer Stabilität.

NATO- und EU-Osterweiterung waren Ergebnis geoökonomisch-strategischer Entscheidungen (1999–2007). Die Erweiterungen liefen nicht gleichzeitig, sondern zeitversetzt ab, weil die EU-»Osterweiterung«, die später folgte, kosten- und verhandlungsintensiver, d. h. letztlich auch komplexer und zeitaufwendiger als die NATO-»Osterweiterung« war. Das Baltikum sowie die mittelost- und südosteuropäischen Staaten wünschten sowohl die EU- als auch die NATO-»Osterweiterung«. Polen, Ungarn und Tschechien drängten als erste. Die EU-»Osterweiterung« wurde von Russland nolens volens hingenommen, dagegen die NATO-»Osterweiterung« misstrauisch verfolgt und letztlich abgelehnt. Nicht von ungefähr gab es diesbezüglich von US-amerikanischer und bundesdeutscher Seite bereits 1990 mündliche Vertrauenszusagen und Zusicherungen – allerdings keine rechtlich verbindliche Garantien –, die NATO nicht weiter nach Osten auszudehnen. Die EU-»Osterweiterung« bot für Brüssel die Möglichkeit der Ausdehnung des »acquis communautaire«, des Binnenmarkts und seines Handelsraums bis ins Baltikum im Norden und zum Schwarzen Meer im Süden mit der mittel- und langfristigen Perspektive der Integration des »Westbalkans«. Die Entscheidung all dieser Staaten und Regionen für die EU und die NATO und – aus russischer Sicht – ihre Vereinnahmung durch den »Westen« wurde von Moskau als Eroberungskonzept, d. h. entsprechend als geopolitischer und geoökonomischer Nachteil für die eigene Position gewertet.

Wie wurde die NATO-»Osterweiterung« international diskutiert?

Kritik am Vorgehen der Allianz in Bezug auf eine mögliche NATO-»Osterweiterung« gab es zunächst nicht von russischer Seite, sondern aus NATO-Staaten, insbesondere den USA. In einem offenen Brief an US-Präsident Bill Clinton vom 26. Juni 1997 forderten amerikanische Abrüstungsfachleute und Militärexperten, Botschafter, Regierungsmitglieder und Senatoren noch rechtzeitig vor ihrer Umsetzung eine Aussetzung der »Osterweiterung« der NATO. Das Dokument nannte die Beitrittsangebote an Kandidatenländer von 1997 einen »politischen Irrtum von historischen Ausmaßen«. Die Unterzeichnenden brachten ihre Sorge zum Ausdruck, Sicherheit und Stabilität Europas würden aufs Spiel gesetzt.

Amerikanische Kritiker argumentierten gegen das Vorhaben der NATO-»Osterweiterung«. Sie begründeten es mehrfach: ein solches Vorgehen, das von allen politischen Kräften in Russland abgelehnt werde, würde dort »die undemokratische Opposition stärken« und »die Reformkräfte schwächen«. Das wäre geeignet, die Vereinbarungen nach Ende des Kalten Krieges infrage zu stellen und »Widerstand gegen die Abrüstungsverträge zu mobilisieren«. Mit der »NATO-Osterweiterung« werde eine neue Grenze zwischen Zugehörigen und Nicht-Zugehörigen gezogen, was die Instabilität in Europa verstärke und zu einem geschwächten Sicherheitsempfinden bei den nicht dazu zählenden Ländern führe. Die NATO-»Osterweiterung« vermindere unweigerlich die Ausübung prioritärer Aufgaben der Allianz, indem sie Garantien an Länder mit ernsthaften Grenz- und Minderheitsproblemen sowie uneinheitlich entwickelten demokratischen Systemen gebe. In den USA werde eine Kostendebatte ausgelöst, die das amerikanische Engagement für die NATO infrage stelle. Ausgehend von diesen Gründen wurde der Stopp der NATO-»Osterweiterung« gefordert. Einer der prominentesten Kritiker der NATO-»Osterweiterung« war der legendäre US-Diplomat aus der Zeit der Anfänge des Kalten Krieges, George F. Kennan, der 1997 mit

Warnungen nicht sparte. Er bezeichnete die geplante NATO-Osterweiterung als den »verhängnisvollsten Fehler der amerikanischen Politik in der Ära nach dem Kalten Krieg«. Eine solche Entscheidung lasse erwarten, »dass die nationalistischen, antiwestlichen und militaristischen Tendenzen in der Meinung Russlands entzündet werden; dass sie einen schädlichen Einfluss auf die Entwicklung der Demokratie in Russland haben, dass sie die Atmosphäre des Kalten Krieges in den Beziehungen zwischen Osten und Westen wiederherstellen und die russische Außenpolitik in Richtungen zwingen, die uns entschieden missfallen werden«.

Folgende Alternativen wurden unterbreitet: wirtschaftliche Öffnung zu den mittel- und osteuropäischen Staaten, Intensivierung des NATO-»Partnership for Peace-Programms« (PfP), Unterstützung der Zusammenarbeit zwischen Russland und der NATO sowie Fortsetzung der Abrüstung. Zu Russlands Position wurde angemerkt, dass es keine Gefahr mehr für seine Nachbarn darstelle. Die NATO-Erweiterung erschien deshalb aus dieser Sicht weder notwendig, noch erwünscht. Aus geopolitischer Perspektive stellte ein Vertreter der amerikanischen Politikwissenschaft die NATO-»Osterweiterung« als eine wesentliche Ursache der Krise in der Ukraine 2014 dar. USA und EU hätten mit voller Absicht und in Kenntnis der – aus dem Sicherheitsinteresse Russlands heraus nachvollziehbar – ablehnenden Haltung Moskaus die Ostausdehnung der NATO in Verbindung mit der EU-Erweiterung vorangetrieben, »um die Ukraine für den Westen zu gewinnen«. Putins Reaktion gegen dieses Bestreben sei »verständlich« und die Ukraine als Puffer für Russlands Sicherheitsbedürfnis unabdingbar. Allerdings machten die potentiellen Beitrittskandidaten von ihrem Recht als souveräne Staaten Gebrauch, die NATO als Bündnis ihrer freien Wahl anzustreben, zumal die Erfahrungen ihrer Bevölkerungen mit der früheren Herrschaftspraxis der Sowjetunion als Zeit der Repression und Unterdrückung empfunden wurden.

Welche Rolle spielte die »NATO-Osterweiterung« für die internationale Sicherheitsarchitektur?

Die erste NATO-»Osterweiterung« mit Polen, Ungarn und Tschechien 1999 stützte die klassische russische Wahrnehmung des westlichen Militärbündnisses als aggressiv und expansiv, gleichwohl die Beitritte freiwillig und auf eigenen Wunsch dieser Länder aus sicherheits- und verteidigungspolitischen Gründen erfolgten, ohne Angriffsabsichten auf Russland zu hegen. Der »Kosovo-Krieg« 1999 als die NATO durch Luftschläge über ihr eigenes Territorium hinausging und gegen Belgrad militärisch intervenierte, verstärkte das traditionelle Feindbild, das sich die russische Seite von der NATO machte.

Die »Farben-Revolutionen« in Georgien (2003), der Ukraine (2004) und Kirgistan (2005) waren Alarmsignale für den auf seine geo-, macht- und sicherheitspolitischen Positionen beharrenden Kreml. Die erste NATO-»Osterweiterung« führte mit Polen, Ungarn und Tschechien zu neuen Mitgliedstaaten (1999). Zügig folgten die Aufnahmen der ehemaligen Sowjetrepubliken Estland, Lettland und Litauen, der früheren Volksrepubliken Bulgarien und Rumänien, sodann der Slowakei und Slowenien (2004), sowie Albanien und Kroatien (2008/09). Es waren souveräne Staaten, die über ihre Bündniszugehörigkeit selbst zu entscheiden hatten. Diese Entwicklung erfolgte ausgehend vom NATO-Hauptquartier in Brüssel unter Führung der USA. Sie vollzog sich weder durch Absprache mit Moskau, noch mit Einbindung und Konsultation der Russischen Föderation, geschweige denn mit Kompensationsmöglichkeiten. Die Erweiterung der EU um zehn neue Staaten auf 25 Mitglieder am 1. Mai 2004 verstärkte die Unterschiede in der Europäischen Union sowie das von Anfang an bestehende Europa der »verschiedenen Geschwindigkeiten«. Das bedeutet, dass jeder EU-Mitgliedstaat nur so viel Integrationsbereitschaft an den Tag legen konnte und leisten musste wie ihm möglich und notwendig erschien.

Die NATO-»Osterweiterung« bildete gewissermaßen die »sicherheitspolitische Flanke« zur folgenden ökonomischen

und politischen Integration der EU-Kandidatenländer. Sie vergrößerte letztlich den Einflussbereich der US-amerikanischen Sicherheits- und Stabilitätspolitik in Mittel-, Ost- und Südosteuropa. Für die bis dato reibungslos erscheinende NATO-»Osterweiterung« zeichnete hauptsächlich der Ex-NATO-Generalsekretär und dann für die »Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik« (GASP) der EU zuständige Javier Solana verantwortlich. Gleichzeitig führte dies mit Blick auf die zukünftige europäische Sicherheitspolitik zu einer Trennung in »pro-amerikanische« und den USA eher skeptisch gegenüberstehende EU-Staaten, wobei erstere in deutlicher Mehrzahl waren. Die Erweiterung der EU 2004 stärkte vor allem die »Transatlantiker« in der Union, da viele der neuen EU-Mitglieder wie Polen, Tschechien, Ungarn, die Slowakei und die baltischen Staaten aus historischen, anti-russischen bzw. sicherheitspolitischen Gründen stark zu dem amerikanischen Sicherheitsgaranten tendierten. Die »Pro-NATO«-Staaten unter den bisherigen EU-Staaten, Großbritannien, Italien, Niederlande und Spanien, schienen dadurch mehr Unterstützung als die »Autonomisten« (Belgien, Frankreich, Luxemburg und Deutschland) zu erhalten.

V. Die EU und die NATO

Welche Positionen zur NATO gibt es seitens der europäischen Mitglieder und der EU?

Die NATO weist eine wechselhafte Mitgliederentwicklung auf. Frankreich zog sich 1966 unter Staatspräsident Charles de Gaulle, der nach strategischer Unabhängigkeit strebte, aus dem integrierten Militärverband zurück. Ebenso handelte Griechenland 1974 im Zeichen der Zypern-Krise und der türkischen Besetzung des nördlichen Teils der Insel. Beide Staaten blieben aber Mitglieder der politischen Organisation der Allianz. Athen schloss sich 1981 wieder voll an, gefolgt von Spanien

1982 und Frankreich kehrte 2009 wieder in die integrierten Militärstrukturen der NATO zurück.

Die Verwirklichung einer gemeinsamen EU-Verteidigungs- sowie Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) verzögerte sich durch die latenten Unterschiede in den geopolitischen Interessenlagen der Mitglieder weiter. Der gestörte Ratifikationsprozess des EU-»Verfassungsvertrages« durch die negativen Abstimmungen in Frankreich am 29. Mai und in den Niederlanden am 1. Juni 2005 führte zu einer Verlangsamung des nächsten Erweiterungsprozesses um Bulgarien, Rumänien, Kroatien und die Türkei. Zudem verhinderte es vorerst die Schaffung einer eigenen EU-Sicherheitspolitik. Eine gemeinsame europäische Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU konnte es auch nur geben, wenn die Nuklearmächte Frankreich und Großbritannien dazu bereit waren und ihre unterschiedlichen Interessen miteinander abstimmten und zu einer gemeinsamen Strategie zusammenführten. Mit der britisch-französischen Initiative von St. Malo vom 4. Dezember 1998 zwischen Frankreichs Staatspräsident Jacques Chirac und dem britischen Premier Tony Blair war ein Ansatz für strategische Autonomie gegeben. Mit der Beistandsklausel im Unionsvertrag von Lissabon (in Kraft 2009, Artikel 42, Absatz 7) nahm die EU erstmals den Charakter eines Defensivbündnisses an. Das bedeutete, dass im Fall eines bewaffneten Angriffs auf einen EU-Staat die übrigen Mitglieder »alle in ihrer Macht stehende Hilfe und Unterstützung« leisten. Diese Formel geht etwas über die gegenseitige Verpflichtung aus dem Artikel 5 des NATO-Vertrages hinaus, der nur zum Beistand im Umfang der für notwendig gehaltenen Maßnahmen verpflichtet. Obwohl sich die neutralen Staaten, wie z. B. Irland und Österreich, davon ausnehmen konnten, übernahm die EU damit Aufgaben der »Westeuropäischen Union« (WEU). Diese war 1954/55 eigentlich zur Rüstungskontrolle im Zuge des NATO-Beitritts der Bundesrepublik 1955 geschaffen worden und hatte 1992 mit den »Petersberg Aufgaben« auch Funktionen der Friedenserzwingung (»peace enforcement«) mit Kampftruppen (»battle

groups») übernommen. Sie bestand als Teil des EU-Vertrags von Amsterdam (1997) fast 15 Jahre. Im Jahre 2011 wurde die WEU aufgelöst. Die seit Juni 2004 geschaffenen, jeweils für ein halbes Jahr mit rund 1500 Mann aufgestellten »battle groups« für militärische Kampfeinsätze bestanden fort, wurden bisher aber noch nicht eingesetzt. Der wesentliche Grund besteht im komplizierten Entscheidungsprozess auf EU-Ebene. Eine Rolle spielen auch die unterschiedlichen nationalen Interessen der Mitgliedstaaten. Zudem wurde im Vertrag von Lissabon die Gründung einer Europäischen Verteidigungsagentur beschlossen, die die Rüstungspolitik der Mitgliedstaaten koordinieren soll. Dadurch sollen die Rüstungsausgaben im Rahmen einer »Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit« (»Permanent Structured Cooperation« = PESCO) effizienter eingesetzt und verhindert werden, dass die Mitgliedstaaten unnötige Mehrfachkapazitäten aufbauen. Mit Lissabon hat sich an dem Befund des Fehlens einer gemeinsamen nach Mehrheiten abstimmenden Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik nichts Grundsätzliches geändert, die jederzeit durch ein Veto blockiert werden konnte: Europas sicherheitspolitische Entwicklung hing weiter in hohem Maße von der NATO und damit auch von den Beziehungen zu den USA ab. Die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) stand nur auf dem Papier. Der Aufbau einer europäischen Verteidigungsindustrie war erst in Ansätzen vorhanden. Eine abgestimmte Militärplanung, kompatible Ausrüstung und koordinierte Einsatzstrukturen fehlten bis zuletzt weitgehend.

Offiziell wurde stets betont, dass es keine gemeinsame Identität zwischen EU und NATO geben würde. Allein 22 der 28 EU-Mitglieder – außer Irland, Finnland, Österreich, Schweden, Malta und Zypern – waren bis zum russischen Ukraine-Krieg 2022 Mitglieder der NATO, was ihre Präsenz auf dem Kontinent zum Ausdruck brachte. Seit 2009 gehörten Albanien als 27. und Kroatien als 28. und seit 2017 auch Montenegro als 29. Mitglied der NATO an, während Nordmazedonien sich am 27. März 2020 anschließen konnte. Mehr als Dreiviertel der

EU-Staaten waren somit NATO-Mitglieder. Die zentralen Anliegen und Ziele der NATO bestanden fort: Kollektive Verteidigung und transatlantische Bindungen schienen bis dahin weiterhin verlässliche Elemente der Kontinuität des Bündnisses. Ob die NATO weiter für das nordöstliche, westliche, zentrale und südöstliche Europa alternativlos sein würde, lag in den Händen der Europäer selbst, die sich aber mit einer eigenen gemeinsam organisierten Verteidigung nach wie vor sehr schwer taten.

Welche Rolle spielt die NATO für die Sicherheitspolitik der EU?

Die meisten EU-Staaten waren aufgrund der Banken-, Finanzmarkt-, Wachstums- und Wettbewerbskrise zum strengeren Haushalten gezwungen. Die Sicherheitspolitik Europas stand unter der absoluten Priorität des Sparens. Die Militäretats vieler europäischer Nationalstaaten fielen den Schuldenbergen zum Opfer. Die Budgetknappheit hatte auch außen- und sicherheitspolitische Folgen für die EU. Neben den unterschiedlichen Sicherheitsinteressen und Verteidigungsfähigkeiten der EU- und NATO-Mitgliedstaaten war höchst fraglich, ob »Europa« seine strategischen Interessen auch außerhalb der EU und in fernerer Regionen wahren konnte. Es existierte bis zum umfassenden russischen Ukraine-Krieg keine einheitliche, geschlossene und somit vergemeinschaftete Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik, sodass Alleingänge erfolgten, wie die französische Militärintervention in Mali oder Partikular-Allianzen geschlossen wurden. Die Kapazitäten der europäischen NATO-Partner waren durch Banken-, Finanzmarkt- und Staatsverschuldungskrise geschwächt, um Geld für die Aufstockung ihrer Militärhaushalte aufbringen zu wollen – außer mit neuen »Sondervermögen« (Schulden) wie durch die von Bundeskanzler Olaf Scholz am 27. Februar 2022 verkündete »Zeitenwende« wenige Tage nach dem russischen Überfall auf die Ukraine. Deutschland war zu diesem Zeitpunkt weit davon entfernt, in den kommenden Jahren mindestens 2 % des BIP zur Stärkung der NATO auszugeben.

Wie entwickelte sich das Verhältnis von NATO, EU, den USA und Russland?

Auf die Frage nach sicherheitspolitischen Alternativen war die Antwort eindeutig: Die NATO blieb für das westliche und zentrale Europa alternativlos, gleichwohl ihr Geltungsbereich und Erweiterungspotential auf dem Kontinent nicht grenzenlos waren. Es gab Grenzen der Ausdehnung nach Osten, wie der Georgien-Konflikt 2008 verdeutlicht hat. Neue NATO-Mitgliedschaften kamen kaum mehr in Frage, ohne Ablehnung und Gegenwehr durch den Kreml sowie Konfrontationen mit Russland zu bewirken. Die NATO-Russland Grundakte und der NATO-Russland-Rat von 1997 hatten nicht das Potential, die sicherheitspolitischen Vorbehalte Moskaus gegen die NATO-»Osterweiterungen« zu beseitigen. Diese konnten als Fortsetzung des Kalten Krieges und Gefährdung der russischen Sicherheitslage interpretiert werden, sollten amerikanische Mittelstreckenraketen mit nuklearen Sprengköpfen und entsprechender Reichweite auch in der Ukraine stationiert werden, die im Einsatzfall aufgrund verkürzter Vorwarnzeiten durch das russische Frühwarnsystem nicht mehr rechtzeitig abgefangen werden konnten. Inwieweit dies ein vorgeschobenes Argument war oder von Moskau tatsächlich so eingeschätzt wurde, ist umstritten. Der Georgien-Konflikt 2008, die Krim-Annexion 2014 und der russische Krieg in der Ostukraine seit 2015 markierten jedenfalls die Grenzen der NATO und riefen russischen Widerstand hervor, was Putin mit seinem militärischen Vorgehen demonstrierte. Neuen Mitgliedschaften für EU und NATO im Osten Europas und seinen Nachbarregionen sollte damit ein Riegel vorgeschoben werden.

Das Verhältnis Europas zu den USA hat sich seit dem Regierungsantritt von Präsident Barack Obama nur atmosphärisch verbessert. Die grundsätzlichen Auffassungsunterschiede sind geblieben. Mit der »Luftbrücke« konnten die USA die Berlin-Blockade Stalins 1948/49 aufbrechen. Der Ausspruch von John F. Kennedy »Ich bin ein Berliner« wurde 1963 stellvertretend für das »freie Europa« gefeiert. Ronald Reagan versetzte

die Welt noch ins Staunen, als er in seiner Rede 1987 Gorbatschow zur Öffnung des Brandenburger Tors und zum Niederreißen der Berliner Mauer aufforderte. Obama fehlten derartige historische Worte. Im Gegenteil spottete er am 25. März 2014 über Russland als eine »Regionalmacht«, die »alleine steht« und Vizepräsident Joe Biden bezeichnete es als »schwaches Land«. Insbesondere die USA, aber auch andere westliche Staaten unterstützten gleichzeitig in Russland agierende NGOs und damit die Zivilgesellschaft mit hohen Geld-Beträgen. Im Wesentlichen basierte die NATO auf zwei Pfeilern, die für sich gesehen wiederum die Bedeutung der Kontinuität der Entwicklung des Bündnisses unterstrichen: Es ging um kollektive Verteidigung und die transatlantische Bindung. Vor diesem Hintergrund blieben die EU-Staaten – sei es mit oder ohne NATO-Mitgliedschaft – gut beraten, wenn sie weiter auf Verteidigung setzten und sich gleichzeitig die Option auf Errichtung eines europäischen Sicherheitsbündnisses offenhielten. Auf absehbare Zeit schien daher die NATO in Europa als alternativlose Militärorganisation und einzige Verteidigungsform.

VI. Die Rückkehr des Ost-West-Konflikts – die NATO bis zum Ukraine-Krieg

Welche weitere Rolle spielte die NATO für die Mitte und den Osten des Kontinents und welche Rolle kam ihr im Ukraine-Konflikt zu?

Angebliche Versprechen und tatsächliche, u. a. durch den deutschen Außenminister Hans-Dietrich Genscher erfolgte Zusagen während des deutschen Vereinigungsprozesses 1990, die NATO nicht weiter nach Osten bis an die russische Grenze auszuweiten, die allerdings nie vertraglich festgeschrieben worden sind – geschweige denn über die Köpfe der mittel-osteuropäischen Länder hinweg zu bestimmen gewesen wären – dienten der russischen Seite als Argument, von einem

»westlichen Wortbruch« zu sprechen. Im Gegenteil dienten Putin das transatlantische Bündnis und seine Erweiterung nach Osten als Rechtfertigung für seine auf Destabilisierung und Krieg ausgerichtete Ukraine-Politik, sodass die Deutung nahe liegt, dass die NATO von ihm als ein Sündenbock benutzt wird.

Am 10. Februar 2007 warnte er auf der Münchner Sicherheitskonferenz vor einer weiteren NATO-Osterweiterung, was von den anwesenden westlichen Vertretern entweder als Kalte Kriegsrhetorik aufgefasst oder nicht ernst genommen, ignoriert und verständnislos aufgenommen wurde. Am 14. Juli setzte Russland einseitig die Umsetzung des Vertrags über Konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE) vom 19. November 1990 aus. Die Begründung lautete: Einige neu hinzugekommene NATO-Staaten wie die Slowakei und die baltischen Staaten seien dem Vertrag nicht beigetreten. Der KSE-Vertrag hatte Obergrenzen für die Anzahl schwerer stationierter Waffensysteme in Europa vom Atlantik bis zum Ural fixiert. Die amerikanischen Pläne für Raketenabwehrsysteme in Polen, Tschechien und Rumänien, die seit 2007 errichtet wurden, erhöhten die Spannungen.

Die Debatte über eine Beitrittsaussicht für Georgien und die Ukraine am NATO-Gipfel in Bukarest vom 2. bis 4. April 2008 hatte trotz der Ablehnung konkreter »Membership Action Plans« (MAP) durch Deutschland, Frankreich und Spanien mit einer Perspektive seitens der Bush-Regierung und ihrer Alliierten hinsichtlich einer zukünftigen Aufnahme der Ukraine und Georgiens in die NATO geendet. Es folgte eine russische Militärintervention in Georgien mit der Besetzung von Abchasien und Südossetien vom 1. bis 12. August 2008, die vorerst mit einer Einigung auf ein Waffenstillstandsabkommen und einer Einfrierung des Konflikts endete. Die französische EU-Ratspräsidentschaft vermittelte dabei erfolgreich.

Strebte die Ukraine unter der westlich orientierten Präsidentin Julija Tymoschenko eine schnelle NATO-Mitgliedschaft an, so rückte ihr prorussischer Nachfolger Wiktor Janukowytsch seit 2010 von einem möglichen NATO-Beitritt ab. Er

betonte den Status seines Landes als blockfrei mit der zu dieser Zeit zutreffenden Begründung, dass die Mehrheit der Ukrainer eine NATO-Zugehörigkeit ablehnen würde, u. a. weil diese von ihr mit Blick auf die russische Gegnerschaft als zu riskant angesehen wurde. Nach den Maidan-Protesten verabschiedete das ukrainische Parlament einen Gesetzentwurf »Über die Änderung der Verfassung der Ukraine über die Unumkehrbarkeit des ukrainischen Kurses in Richtung europäischer und euro-atlantischer Integration«. Die Minsker Abkommen I und II (2014/15) blieben fragile Waffenstillstandsvereinbarungen für die Ostukraine, vereinbart zwischen ungleichen Partnern durch europäische Vermittlungsaktionen im Rahmen des »Normandie-Formats« (Deutschland, Frankreich, Russland und Ukraine). Die Abmachungen wurden jenseits der Kontaktlinie wiederholt von beiden Seiten verletzt. Russland und die von ihm unterstützten Rebellen sowie dann auch reguläre russische Verbände agierten als Aggressoren. Die ukrainische Armee wurde seit 2014 gleichzeitig von britischer und amerikanischer Seite geheim und gezielt aufgerüstet – wenn auch noch nicht mit modernsten Waffen, die später folgten. Damit wurde die Ukraine kriegsführungs- und v. a. verteidigungsfähig. Bis 2022 hatte dieser Krieg in der Ostukraine rund 14.000 Todesopfer gekostet.

Nach der Wahl von Wolodomyr Selenskyj zum Staatspräsidenten 2019 näherten sich die Ukraine und die transatlantische Allianz weiter an. Im Jahr darauf wurde eine noch engere Bindung mit der Aufnahme der Ukraine in das NATO-»Enhanced Opportunities Program« gemeinsam mit Australien, Finnland, Georgien, Jordanien und Schweden als Teilnehmer erklärt. Damit wurden dem Land Beteiligungen an Manövern und Kooperationsprojekten der NATO sowie Zugriff auf ausgewählte geheime Bündnisinformationen ermöglicht. Auf dem NATO-Gipfel in Brüssel im Juni 2021 bekräftigte das Bündnis ihre auf dem Bukarest-Gipfel von 2008 getroffene Entscheidung, die Ukraine mit der Aussicht auf den Membership Action Plan (MAP) an die NATO heranzuführen sowie das Recht

der Ukraine, ihre Zukunft und Außenpolitik unabhängig und ohne Einmischung von außen zu bestimmen.

Welche Rolle spielte die Ukraine für die NATO von der Eskalation der Krise und der Krim-Annexion 2014 bis zum vollständigen russischen Angriffskrieg 2022?

Die zunächst friedlich verlaufenden Proteste am Maidan in Kiew 2013/14 gegen die Aussetzung des auf eine engere politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit abzielenden EU-Assoziationsabkommens mit der Ukraine durch den prorussischen Staatspräsidenten Viktor Janukowycz führten zu dessen Sturz und zur Flucht nach Russland. Wladimir Putin ließ unter Bruch des völkerrechtlich unverbindlich gebliebenen »Budapester Memorandums« vom 5. Dezember 1994 die Krim wider aller Absprachen und Vereinbarungen besetzen. Putin handelte aus Motiven der Expansions-, Geschichts- und Machtpolitik. Mittels eines (Pseudo-)Referendums folgte auf die Okkupierung die Annexion. Zudem ließ er die Ostukraine durch dort agierende irreguläre Rebellen und russisches Militär sowie Geheimdienstoperationen destabilisieren. Nach der russischen Aussetzung des KSE-Vertrags suspendierten Ende 2011 die NATO-Staaten ihrerseits sowie Moldau und Georgien dessen Umsetzung gegenüber Russland sowie nach der Krim-Annexion Anfang 2015 auch ergänzt um die Ukraine, so dass der Vertrag faktisch seine Gültigkeit verlor. Am 11. März des gleichen Jahres wurde der KSE-Vertrag seitens der Russischen Föderation offiziell aufgekündigt, nachdem die USA verlautbart hatten, für ein Manöver zeitweise rund 3000 US-Soldaten ins Baltikum zu verlegen.

Seit dem 1. Januar 2016 war die Ukraine Teil einer vertieften und umfassenden Freihandelszone mit der EU. Die Reisefreiheit wurde sowohl für Georgier am 28. März als auch für Ukrainer am 11. Juni 2017 in Kraft gesetzt. Spätestens seit diesem Jahr waren ein anhaltendes Konfliktpotential und eine drohende Kriegsgefahr in diesem Teil Europas vorprogrammiert. Das zeichnete sich ab, v. a. da verschiedene andere

Ereignisse mitbedacht werden müssen, wie die seit 2014 anhaltende russische Destabilisierungspolitik der Ostukraine, die gleichzeitig ungebremste Politik der EU-Assoziierung sowie die bevorstehende nächste NATO-»Osterweiterung« von Montenegro und Nordmazedonien, die von sich aus und freiwillig zur NATO und EU stoßen wollten.

Am 7. Februar 2019 verankerte die Werchowna Rada, das ukrainische Parlament, mit einer Mehrheit von 334 der 450 Abgeordneten in der Verfassung eine »strategische Orientierung der Ukraine zum vollständigen Beitritt zur EU und der NATO«. Seit dem 24. April ließ Moskau russische Pässe für die Bewohner der besetzten Gebiete des Donbass ausstellen. Die letztlich auf Wunsch beider Seiten erfolgte wechselseitige Kündigung des INF-Vertrags über nukleare Mittelstreckensysteme im Jahr 2019 durch US-Präsident Donald Trump und Wladimir Putin erhöhte die Spannungen weiter. Der INF-Vertrag bestand aus einer Summe bilateraler Verträge und Vereinbarungen zwischen den USA und der UdSSR/Russland von 1987. Er legte die Vernichtung aller boden- und landgestützten Flugkörper mit mittlerer und kürzerer Reichweite zwischen 500 bis 5500 Kilometer fest. Das galt nun nicht mehr und vor diesem Hintergrund wurde gefragt, ob eine kooperative Sicherheitspolitik zwischen Russland und dem Westen überhaupt noch denkbar sei.

Am 24. Februar 2022 begannen russische Streitkräfte auf Befehl von Staatspräsident Putin den Überfall auf die Ukraine. Nach der weltweit verurteilten Annexion von vier ukrainischen Gebieten durch die Russische Föderation am 30. September 2022 beantragte die Ukraine noch am gleichen Tag in einem Schnellverfahren die NATO-Aufnahme. Eine Konsequenz der russischen Aggression waren die NATO-Beitritte von Finnland am 4. April 2023 und von Schweden am 7. März 2024. Es ging darum, Bündnisschutz und mehr Sicherheit zu gewinnen, zumal die russische Kriegführung auf immer mehr Ebenen stattfand durch Angriffe auf kritische Infrastruktur, Desinformation und Cyberangriffe sowie zuletzt durch Drohnen.

Beobachterstatus in der atlantischen Allianz genießen Bosnien und Herzegowina sowie Georgien und die Ukraine. Die NATO lehnte als Bündnis zwar eine direkte Teilnahme am russisch-ukrainischen Krieg ab, einzelne Mitgliedstaaten wie das Vereinigte Königreich, die USA, Deutschland u. a. unterstützen jedoch die ukrainischen Streitkräfte mit Kriegstechnologie, Rüstungsgütern und Waffenmaterial sowie Hilfen jeglicher Art, um die Selbstverteidigungsfähigkeit des Landes zu sichern.

Welchen Einfluss hat der Ukraine-Krieg auf die Sicherheitspolitik der EU?

Die EU ist militärisch nur begrenzt fähig, gemeinsame Interessen mit eigenen Mitteln auch ohne Partner durchzuführen. Sie hat keine eigenen Streitkräfte. Mitgliedstaaten müssen die relevanten Ressourcen bereitstellen. Ein Militärausschuss der EU (European Union Military Committee, EUMC) bildet ein Beratungsorgan des Hohen Vertreters der EU für Außen- und Sicherheitspolitik und des Politischen und Sicherheitspolitischen Komitees (PSK). Er besteht aus den Generalstabschefs der EU-Mitgliedsländer, vertreten durch ihre militärischen Repräsentanten, die vielfach in Personalunion bei der EU und der NATO ihr Land vertreten. Der Militärausschuss wurde mit Beschluss 2001/79 der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) des Rates der EU vom 22. Januar 2001 eingesetzt. Das EUMC ist für die Umsetzung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik verantwortlich und nimmt die militärische Leitung von Operationen wahr. Die operationelle Umsetzung erfolgt durch den Militärstab der Europäischen Union (EUMS), der sich mit dem Militärausschuss abstimmt. Die EU hat sich in ihrem »Strategischen Kompass« vom März 2022 zum Ziel gesetzt, ihre Krisenreaktionsfähigkeit und Einsatzbereitschaft zu erhöhen. Militärisches Herzstück ist eine »Schnelleingreifkapazität« (Rapid Deployment Capacity), womit die EU je nach Szenario rasch einen bis zu 5000 Einsatzkräfte starken und modular aufgebauten multinationalen Großverband für verschiedene Arten je nach Krise

flexibel einsetzen kann. Die Mitgliedstaaten der EU konzentrieren allerdings ihre eigentlichen Verteidigungsanstrengungen in der NATO. Die militärische Gefahrenabwehr erfolgt im engen Verbund mit ihr, während die zivile Resilienz in der Zuständigkeit der EU liegt.

Wie veränderte sich das Verhältnis zwischen den europäischen NATO-Mitgliedern und den USA nach den Amtsübernahmen durch US-Präsident Donald Trump 2017 und 2025?

Die Jahre der ersten Trump-Administration (2017–2021) zeigten, wie stark individuelle Abneigungen und innenpolitische Themen außen- und sicherheitspolitische Entscheidungen der US-Führung beeinflussten. Durch unkonventionellen Regierungsstil, Unerfahrenheit und Unwissenheit kam in Trumps erster Amtszeit ein hohes Maß an Unberechenbarkeit, Ungewissheit und Unvorhersehbarkeit zum Ausdruck. Dies löste sowohl interne Machtkämpfe aus als auch Unklarheiten in Bezug auf die globale Stellung der USA. Mehrere G-7-Treffen und NATO-Gipfel wurden zu Schauplätzen transatlantischer Uneinigkeit und Verwerfungen. Seit seiner ersten Regierungsperiode kritisierte Trump wiederholt ganz pauschal die NATO und das Verhalten ihrer Mitglieder. Im Jahre 2018 erwog er mehrfach in internen Gesprächen, aus der Allianz auszutreten. Bei einem NATO-Gipfel im Juli des gleichen Jahres erklärte er, ihren Sinn nicht mehr erkennen zu können. Das Bündnis gehe zulasten der USA. Sein Nationaler Sicherheitsberater John Bolton und der in Folge zurückgetretene Verteidigungsminister Jim Mattis konnten ihn davon noch abhalten. Trump griff dennoch viele NATO-Partner aufgrund ihrer aus seiner Sicht zu niedrigen Verteidigungshaushalte an, besonders Deutschland. Die ernsthafte Infragestellung der NATO führte dazu, dass der französische Staatspräsident Emmanuel Macron 2019 der NATO den »Hirntod« bescheinigte. Das alles trug zu einem wechselseitigen Vertrauensverlust bei.

Nach der Wiederwahl Trumps 2024 verschärfte sich im Zuge seines Amtsantritts die transatlantische Stimmungslage. Mehr

denn je wurde das Bündnis sowie die mangelnde und zögerliche Bereitschaft zur gesteigerten Beitragsleistung einzelner europäischer NATO-Mitglieder von Washington harsch kritisiert. Eine immer deutlicher werdende prorussische Haltung des US-Präsidenten im Zeichen des von Putin seit 2022 geführten Angriffskriegs gegen die Ukraine führte zu weiteren Zweifeln an der amerikanischen Haltung zur NATO. Dies gipfelte schließlich darin, dass sich die Mehrheit der EU-Staaten unter britisch-französischer Führung im März 2025 zu einem Bündnis der Willigen im Sinne der Stärkung der europäischen Verteidigungsfähigkeit – losgelöst von den USA – zusammenschloss.

Inwieweit dieser Transformationsprozess ein ausreichendes Fundament sowie eine nachhaltige Garantie für den Fortbestand der NATO bieten sollte, wurde in dem von Wladimir Putin am 24. Februar 2022 entfesselten totalen Ukraine-Krieg und der Infragestellung des Bündnisses durch den wieder gewählten US-Präsidenten Trump fraglicher denn je.

Welche zukünftigen Entwicklungslinien der NATO sind denkbar ausgehend von dem Haager-Gipfel von 2025?

Im Jahre 2024 wendeten 22 der 32 NATO-Mitglieder zwei Prozent oder mehr ihres Bruttoinlandsprodukts (BIP) für Verteidigung auf. Nach einer Schätzung des Bündnisses waren es 2,61 % des gemeinsamen BIP, wobei sich die Beiträge stark unterschieden. Polen lag mit vier Prozent an der Spitze während Spanien mit weniger als 1,3 Prozent die letzte Position einnahm. Während sich die gesamten Militärausgaben aller NATO-Staaten 2024 auf 1506 Milliarden US-Dollar beliefen (darunter 454 seitens der europäischen Mitglieder) betragen die russischen im gleichen Jahr 149 Milliarden Dollar. Angesichts der seit längerem bekannten Drohungen und Vorwürfe des US-Präsidenten Trump aufgrund zu niedriger Zahlungen der Bündnispartner befürchteten diese den Ausstieg der USA aus der NATO und den Rückzug der Amerikaner aus Europa. In vorauseilendem Gehorsam kamen sie ihm im Vorfeld des

Gipfels schon entgegen und ließen wissen, ihre Militärausgaben zu erhöhen. Das Treffen der Staats- und Regierungschefs in Den Haag verlief nach den Wünschen des mächtigsten Manns der Welt: Spätestens ab 2035 soll jedes NATO-Mitglied jährlich fünf Prozent des BIP in Sicherheit und Verteidigung investieren. Dabei handelt es sich um eine drastische Steigerung des bisherigen Ziels von zwei Prozent, das 2014 auf einem NATO-Gipfel in Wales vereinbart worden war. Das neue Vorhaben teilt sich folgendermaßen auf: 3,5 % des BIP sollten für Kernbereiche der Verteidigung (Truppen und Waffen) ausgegeben und 1,5 % erweiterten sicherheitsrelevanten Investitionen gewidmet werden (Erneuerung der Infrastruktur durch Cybersicherheit). Trump bekannte sich im Gegenzug zum amerikanischen Beistandsversprechen der NATO. Die Ukraine war in die Vereinbarungen nicht einbezogen. Selenskyj saß als Beobachter nur am Katzentisch.

Wie lauteten Reaktionen auf den NATO-Gipfel von Den Haag und was ist für die Zukunft zu erwarten? Bis auf Spanien stimmten alle Mitglieder dem Gipfelergebnis zu. Trump drohte daraufhin dem Land mit einer Verdopplung von Zöllen. Kritiker äußerten, dass das Erreichen der neuen Ziele Mehrausgaben von hunderten von Milliarden Dollar bzw. Euro pro Jahr bedeuten würde, die für andere Bereiche (Bildung, Forschung, Soziales, Wohnbau etc.) fehlen würden. Deutschland hatte in seinem zuvor beschlossenen Haushaltsentwurf Ausgaben für 2025 von 2,4 Prozent des BIP fixiert. Bis 2029 sollen sich die Ausgaben nun auf 153 Milliarden Euro mehr als verdoppeln, wobei zu diesem Zeitpunkt erst zirka drei Prozent des BIP erreicht wären. Diese Erhöhung wäre auch nur möglich, wenn die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse ausgesetzt würde. Der Aufbau europäischer Streitkräfte, die innerhalb der NATO auch ohne die Unterstützung amerikanischen Knowhows und US-Truppen handlungsfähig und schlagkräftig wären, würde aufgrund der langen Vorlaufzeiten in der Rüstungsproduktion noch Jahre dauern. Es bestehen kaum mehr Zweifel, dass die zu erwartenden Folgen des Haager Gipfels

auf eine Verstärkung der NATO auf dem Kontinent in Europa hinweisen. Bundeskanzler Friedrich Merz sah Deutschland unabhängig davon in einer Führungsrolle und sprach von einem »historischen Gipfel«: Moskau solle es nicht wagen, die NATO anzugreifen. Russland sei nicht stark genug, die NATO als Ganzes zu attackieren, man wisse aber nicht, ob die Verteidigungsbereitschaft des Bündnisses getestet werden solle, was im September 2025 bereits der Fall war. Auf die Frage der weiteren und zukünftigen Beziehungen zu Russland fand der Gipfel in Den Haag keine Antwort, die über die Abwehr seiner Bedrohung hinausging.

Angesichts veränderter amerikanischer globaler Prioritäten mit Blick auf den Pazifik und der Vorrangigkeit ihrer Politik der Eindämmung der als neue Bedrohung empfundenen Volksrepublik China sind die bisher auf die US-Führung ausgerichteten NATO-Kommandostrukturen mehr denn je auf dem Prüfstand und die Aufstellung eigenständiger konventioneller europäischer Streitkräfte zwingender denn je – wie realistisch das ist und wie weit realisierbar sei noch dahingestellt. Frankreichs Staatspräsident Emmanuel Macron erwog 2025 einmal mehr, verbündete Länder unter den Schutz der französischen Atomwaffen zu stellen und damit den Nuklearschirm mit den übrigen europäischen Staaten zu teilen. Die sicherheitspolitische Entwicklung Europas bleibt im Fluss, wobei damit zu rechnen war, dass die Europäer in Zukunft für ihre und die Verteidigung der Ukraine alleine aufkommen müssen.

Literaturauswahl

Ambos, Kai, Doppelmoral. Der Westen und die Ukraine, Frankfurt/Main 2022.

Babst, Stefanie, Sehenden Auges. Mut zum strategischen Kurswechsel, München 2023.

Böttcher, Winfried, Russland und der Westen, Jüchen 2. Auflage 2022.

Böttcher, Winfried, Russland – Die Ukraine – Der Westen, Jüchen 4. Auflage 2023.

Calleo, David P., Die Zukunft der westlichen Allianz. Die NATO nach dem Zeitalter der amerikanischen Hegemonie, Bonn-Stuttgart 1989.

Ehlert, Hermann/Greiner, Christian/Meyer, Georg/Thoß, Bruno, Die NATO-Option (Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945–1956, Bd. 3), München 1993.

Gärtner, Heinz (Hrsg.), Die Ukraine im Krieg – ist Frieden möglich? Wien 2022.

Gehler, Michael, Bündnispolitik und Kalter Krieg 1949/55–1991, in: Franz Kernic/Gunther Hauser, Handbuch zur europäischen Sicherheit, Frankfurt/Main – Berlin – Bern – Bruxelles – New York – Oxford – Wien 2005, S. 57–69.

Gehler, Michael, Europa vor und nach Ende des Kalten Krieges: Von der gescheiterten Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) zur Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP), in: V. Epping/C. Lemke/A. Baluch (Hrsg.), Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Anspruch oder Wirklichkeit?, Münster 2010, S. 11–46.

Gehler, Michael, From accidental disagreement to structural antagonism. The US and Europe: old and new conflicts of interest, identities, and values, 1945–2005, in: Barry Eichengreen/Michael Landesmann/Dieter Stiefel (eds.), The European Economy in an American Mirror, Routledge Abingdon GB, 2008, S. 458–499.

Gehler, Michael, From Crisis to Crisis – from Success to Success? European Integration Challenges and Opportunities in Light of Europe's History (1918–2009), in: Michael Gehler/Xuewu Gu/Andreas Schimmelpfennig (Eds.), EU – China. Global Players in a Complex World (Historische Europa-Studien 6), Hildesheim – Zürich – New York 2012, S. 45–74.

Gehler, Michael, Keine NATO an der russischen Grenze – nur Legende und Propaganda?, in: POLITIKUM 8 (Sonderheft 2022), S. 64–71.

Gehler, Michael, Revolutionäre Ereignisse und geoökonomisch-strategische Ergebnisse: Die EU- und NATO-»Osterweiterungen« 1989–2015 im Vergleich (Zentrum für Europäische Integrationsforschung Discussion Paper C 239), Bonn 2017.

Gehler, Michael/Bischof, Günter/Kühnhardt, Ludger/Steininger, Rolf (Eds.), Towards a European Constitution. A Historical and Political Comparison with the United States (Europapolitische Reihe des Herbert-Batliner-Europainstitutes 3), Wien – Köln – Weimar 2005.

Gehler, Michael, Der Krieg um die Ukraine. Fragen – Methoden – Resultate – Thesen – Terminologien, in: Jahrbuch Politisches Denken Bd. 32 (2022), S. 27–61.

Giegerich, Bastian, Die NATO (Elemente der Politik), Wiesbaden 2012.

Goldgeier, James M., Not whether but when: The U. S. Decision to enlarge NATO, Washington 1999.

Greiner, Christian/Meier, Klaus A./Rebhan Heinz, Die NATO als Militärallianz. Strategie, Organisation und nukleare Kontrolle im Bündnis. 1949 bis 1959 (= Entstehung und Probleme des Atlantischen Bündnisses, Bd. 4), München 2003.

Harder, Hans-Joachim, Von Truman bis Harmel. Die Bundesrepublik Deutschland im Spannungsfeld von NATO und europäischen Integration, München 2000.

Hauser, Gunther, Die NATO – Transformation, Aufgaben, Ziele, Frankfurt/Main 2008.

Heiss, Mary Ann/Papacosmam, S. Victor (Eds.), NATO and the Warsaw Pact – Intrabloc Conflicts, Kent 2008.

Kappeler, Andreas, Ungleiche Brüder. Russen und Ukrainer vom Mittelalter bis zur Gegenwart, erweiterte Neuausgabe, München 2023.

Khalabazar, Kateryna, The Evolution of the EU's Perception towards Ukraine (ZEI Discussion Paper C 275), Bonn 2023.

Kellerhoff, Sven Felix, Churchill und die Europa-Armee. Anfang der 1950er-Jahre war eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft ein zentrales Ziel westlicher Sicherheitspolitik. Warum scheiterte die Idee trotz prominenter Unterstützer?, in: Welt am Sonntag, 9.3.2025, Nr. 10, S. 62.

Kraus, Hans-Christof, Historische Voraussetzungen des Konflikts um die Ukraine – Anmerkungen und Schlussfolgerungen, in: Jahrbuch Politisches Denken 33 (2023), S. 143–157.

Krüger, Dieter, Am Abgrund? Das Zeitalter der Bündnisse: Nordatlantische Allianz und Warschauer Pakt 1947 bis 1991, Fulda 2013.

Kühnhardt, Ludger, Europas Sicherheit, die Zukunft der Ukraine und die »russische Frage« (ZEI Discussion Paper C 274). Bonn 2022.

Mastny, V./Holtsmark, S. G./Wenger A., (Eds.), War Plans and Alliances in the Cold War: Threat Perceptions in the East and West, London 2006.

Mastny, Vojtech/Byrne, Malcolm (Eds.), A Cardboard Castle? An Inside History of the Warsaw Pact 1955–1991 (A National Security Archive Cold War Reader), Budapest – New York 2005.

Mastny, Vojtech/Schmidt, Gustav, Konfrontationsmuster des Kalten Krieges 1946 bis 1956, München 2003.

Mayer, Till, Europas Front. Krieg in der Ukraine. ibidem Verlag, Stuttgart 2024.

Mearsheimer, John J., Why the Ukraine Crisis Is the West's Fault. The Liberal Delusions That Provoked Putin, in: Foreign Affairs (September/October 2014 Issue) (<https://www.foreignaffairs.com/articles/russia-fsu/2014-08-18/why-ukraine-crisis-west-s-fault>), die deutsche Übersetzung leicht gekürzt: Ders., Putin reagiert. Warum der Westen an der Ukraine-Krise schuld ist, <http://www.ipg-journal.de/kommentar/artikel/putin-reagiert-560/> veröffentlicht 1. 9. 2014 (Abruf April 2025).

Mueller, Wolfgang, Russland, Munzinger Länderberichte, Munzinger-Archiv GmbH, Ravensburg 2023.

NATO-Gipfel 2025 in Den Haag: <https://www.bpb.de/kurz-knapp/hintergrund-aktuell/563257/nato-gipfel-2025-in-den-haag/> (Abruf 30.6.2025).

Neuhold, Hans-Peter, Die Osterweiterung der NATO – politische und rechtliche Aspekte, in: Die Friedens-Warte. Blätter für internationale Verständigung und zwischenstaatliche Organisation Bd. 72 (1997), Heft 3, S. 227–244.

Neuneck, Götz (Hrsg.), Europa und der Ukrainekrieg. Chancen und Herausforderungen für eine zukünftige Friedens- und Sicherheitspolitik, Halle 2024.

Nye, Joseph S. Jr., The Paradox of American Power. Why the World's only Superpower Can't Go It Alone, Oxford 2002.

Pöllath, Moritz, Eine Rolle für die NATO out-of-area? Das Bündnis in der Phase der Dekolonisierung 1949–1961 (Schriftenreihe: Militärhistorische Untersuchungen, Band 15), Frankfurt/Main u. a. 2017.

Reynolds, David, The Origins of the Cold War in Europe (International Perspectives), Yale University Press 1994.

Roberts, Geoffrey, The Soviet Union in World Politics. Coexistence, Revolution and Cold War, 1945–1991, London 1999, <https://www.wilsoncenter.org/publication/molotovs-proposal-the-ussr-join-nato-march-1954> (Abruf April 2025).

Rödder, Andreas, Der verlorene Frieden. Vom Fall der Mauer zum neuen Ost-West-Konflikt, München 2024.

Rüb, Matthias, Der atlantische Graben. Amerika und Europa auf getrennten Wegen, Wien 2004.

Rynning, Sten, NATO. From Cold War to Ukraine. A History of the World's Most Powerful Alliance, New Haven – London 2024.

Sarotte, Mary Elise, Nicht einen Schritt weiter nach Osten. Amerika, Russland und die wahre Geschichte der NATO-Osterweiterung, München 2023.

Sasse, Gwendolyn, Der Krieg gegen die Ukraine. Hintergründe, Ereignisse, Folgen, München 2022.

Schild, Georg, 1983. Das gefährlichste Jahr des Kalten Krieges, Paderborn 2013.

Schimmelfennig, Frank, *The EU, NATO, and the integration of Europe*, Cambridge 2003.

Schröter, Lothar, *Die NATO im Kalten Krieg. Die Geschichte des Nordatlantikpaktes bis zur Auflösung des Warschauer Vertrages*, 2 Bde., Berlin 2009.

Schulze Wessel, Martin, *Der Fluch des Imperiums. Die Ukraine, Polen und der Irrweg in der russischen Geschichte*, München 2023.

Sloan, Stanley R., *NATO, the European Union, and the Atlantic Community. The Transatlantic Bargain Challenged*, Lanham – Boulder – New York – Toronto – Oxford 2005.

Staack, Michael, *Der Ukraine-Konflikt und die gesamteuropäische Sicherheit (= WIFIS aktuell. Vol. 55)*, Opladen u. a. 2015.

Steininger, Rolf, *Der Kalte Krieg* (Landeszentrale für politische Bildung Thüringen), Erfurt 2016.

Steininger, Rolf, *Die Kubakrise 1962. Dreizehn Tage am atomaren Abgrund*, München 2011.

Steininger, Rolf, *Der Mauerbau. Die Westmächte und Adenauer in der Berlinkrise 1958 – 63*, München 2001.

Steininger, Rolf, *Deutschland und die USA. Vom Zweiten Weltkrieg bis zur Gegenwart*, Reinbek – München 2014.

Steininger, Rolf, *Die USA und Europa nach 1945 in 38 Kapiteln*, Reinbek 2018.

Taschenbrecker, Lennart, *Die völkerrechtliche Bewertung der NATO-Einsätze seit dem Ende der Sowjetunion aus dem Blickwinkel des NATO-Vertrages*, Berlin 2020.

Thamm, Sascha, *Institutionelle Reaktionen der NATO auf die Krisen des Bündnisses. Von der Gründung bis zum NATO-Doppelbeschluss*, Osnabrück 2002.

Thoß, Bruno, *NATO-Strategie und nationale Verteidigungsplanung. Planung und Aufbau der Bundeswehr unter den Bedingungen einer massiven Vergeltungsstrategie 1952–1960 (Sicherheitspolitik und Streitkräfte der Bundesrepublik Bd. 1)*, München 2006.

Umbach, Frank, *Das rote Bündnis. Entwicklung und Zerfall des Warschauer Paktes 1955 bis 1991*, Berlin 2005.

Varwick, Johannes (Hrsg.), Die Beziehungen zwischen NATO und EU. Partnerschaft, Konkurrenz, Rivalität?, Leverkusen 2005.

Varwick, Johannes, Die NATO. Vom Verteidigungsbündnis zur Welt-polizei, München 2009.

Varwick, Johannes/Woyke Wichard (Hrsg.), Die Zukunft der NATO. Transatlantische Sicherheit im Wandel, 2. Auflage, Opladen 2000.

Welche Ergebnisse brachte der historische NATO Gipfel in Den Haag vom 24. bis 25. Juni 2025? <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/nato-gipfel-ergebnisse-100.html> (Abruf 30.6.2025).



Die NATO wurde 1949 gegründet. Das Militärbündnis entstand vor dem Hintergrund kommunistischer Bedrohungswahrnehmung und sowjetischer Militärpräsenz in Mittelost- und Südosteuropa im Kontext des Kalten Kriegs. Gründungsstaaten waren Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Island, Italien, Kanada, Luxemburg, die Niederlande, Norwegen, Portugal und die USA, die als Sicherheitsgaranten für Westeuropa dienten. Sinn und Zweck der NATO waren dreifacher Natur: »Russland draußen, die Amerikaner drinnen und Deutschland nieder zu halten.« 1952 traten Griechenland und die Türkei und 1955 die Bundesrepublik bei. Die Allianz verfolgte unterschiedliche Strategien und entwickelte sich durch stetigen Mitgliederzuwachs. Nach Ende des Kalten Kriegs, Zerfall des Warschauer Pakts und der UdSSR 1990/91 veränderte sich das Bündnis im Zuge der Balkankrisen und des »Kosovo-Kriegs« von einem Defensiv- zu einem Interventionsbündnis, was die traditionell negative russische Sicht auf die NATO verstärkte, vor allem nach ihrer »Osterweiterung«. Der vollständige russische Angriffskrieg gegen die Ukraine führte zur Aufgabe des neutralen Status von Finnland und Schweden sowie ihrer NATO-Mitgliedschaft. Die jüngste transatlantische Kluft im Zeichen der zweiten US-Präsidentschaft von Donald Trump zeigt: So alternativlos die NATO als Institution immer schien, so umstritten war sie auch zeitweilig.